



Der Schmelztiegel

WERKSZEITUNG DER BERGISCHEN STAHL-INDUSTRIE REMSCHEID

106 | Jahrgang 10 OKTOBER 1961

thysse-Bupp Corporate Archiv

auf der
40. inter
nationalen
automobil
ausstellung
21.9.-1.10.1961
frankfurt



Zu unserem Titelbild

Unser heutiges Titelbild zeigt das höchst zugkräftig gestaltete Werbeplakat des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) für die Jubiläums-IAA 1961 - der vierzigsten ihrer Art seit 1898 -, das von uns mit zwei unserer Fertigfabrikate für Nutzfahrzeuge sowie der Kurzbezeichnung unseres Werkes bereichert wurde. Die Ausstellung selbst ist ein großartiger Erfolg geworden (siehe Artikel Seite 13).

Im Zeichen der unaufhaltsam fortschreitenden Motorisierung in der Bundesrepublik erscheinen auch die Zukunftsaussichten für die deutsche Automobil-Industrie, zieht man Prognosen des zu erwartenden Absatzes auf dem In- und Auslandsmarkt heran, in hellem Lichte. Wohl wird sich der Konkurrenzkampf voraussichtlich allein schon deshalb verschärfen, weil unser Staat, mit seinem bereits stärker liberalisierten Import als dem anderer europäischer Länder, der Auto-Industrie unserer Nachbarstaaten viel Anreiz gewährt, ihre Verkaufsbemühungen bei uns wesentlich zu steigern. Möglicherweise wird auch die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EWG - z.B. der sich anbahnende Beitritt Großbritanniens - diese Tendenz beeinflussen. Doch wird selbst eine solchermaßen verlaufende Entwicklung des Wettbewerbs unsere Automobilwerke, die mit ihrer Gesamtproduktion in der Weltrangliste an die zweite Stelle gerückt sind - an der Spitze steht die USA - und im vergangenen Jahre fast fünfzig Prozent der Erzeugung exportierten, in nächster Zeit kaum vor irgendwelche Schwierigkeiten stellen können.

Schon immer hat eine gutbeschäftigte deutsche Kraftfahrzeugindustrie sowohl vom PKW-Sektor als auch vom Nutzfahrzeug-Sektor her der BSI einen bedeutenden Zuliefer-Anteil gesichert.

INHALT DIESER AUSGABE

	Seite
Zur Lage	3
Die Ultraschallprüfung	5
Warum innerbetriebliche Revision?	7
Neue Getränke-Automaten	9
Was soll ich nur werden?	10
Und das meint Struppi	11
Glück gehabt (Gedicht)	12
Die 40. IAA in Frankfurt	13
Gelbe Einlage	Mitte des Heftes
Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall	23
Das neue Buch	27
Instandhaltungsbetrieb am Rhein	28
Unsere Jubilare	30
Familiennachrichten	31

Herausgeber
Bergische Stahl-Industrie KG Remscheid

Redakteur
Herbert Goretzki / Remscheid

Druck
Bergische Druckerei Ludwig Koch / Remscheid

Klischees
Grafisches Atelier Loose/Durach / Remscheid

Fotos
Heinz Lindenberg / Werksfotograf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

Zur Lage

Direktor Kurt Zimmermann

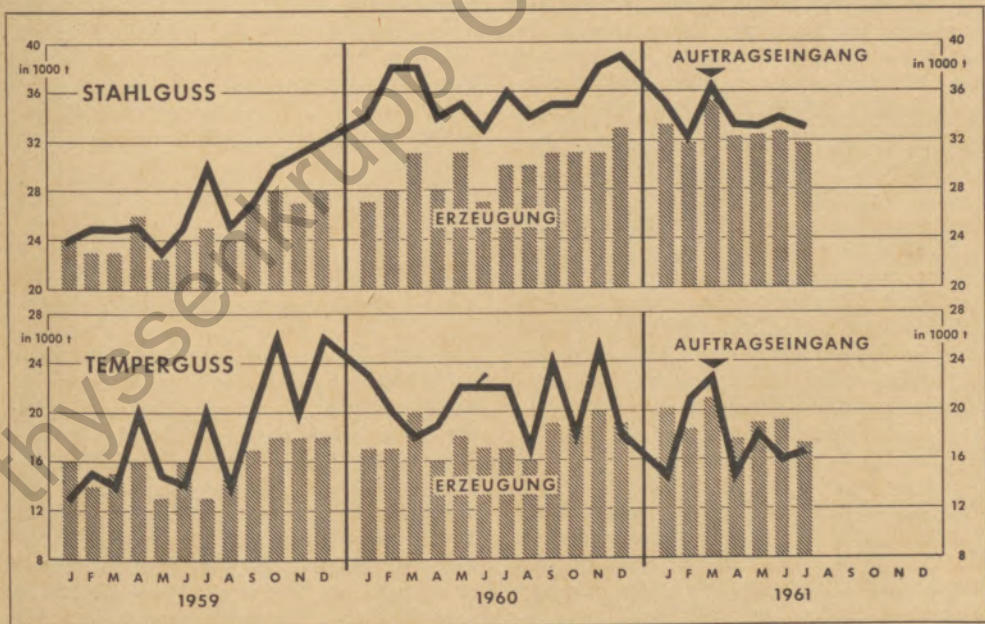
Die Lage der Gießerei-Industrie in der Bundesrepublik läßt sich nicht besser erklären als an Hand der im Bild dargestellten Statistik. Diese zeigt, getrennt nach Temper- und Stahlguß, Auftragseingang und Erzeugung von 1959 bis jetzt an. Der Auftragseingang ist als durchgezogene Kurve aufgetragen, die monatliche Produktion darunter in Säulen. Eine rückschauende Betrachtung läßt deutlich die 1959 angelaufene Konjunkturwelle erkennen. Die Auftragseingänge streben steil nach oben, und etwa parallel dazu steigt auch die Gießereiproduktion. Der Höhepunkt dieser Entwicklung wird im letzten Quartal des Jahres 1960 erreicht. Nach diesem Zeitpunkt fällt die Kurve des Auftragseinganges und liegt nunmehr etwa in Höhe der Erzeugung. Erzeugung und Auftragseingang haben einander angeglichen. Was das zur Folge hat, ist leicht erklärlich: Es verkleinert sich das Auftragspolster, die Liefertermine werden kürzer.

Das braucht uns nun noch keineswegs nervös zu machen. Das Niveau der Produktion ist gleichbleibend hoch und eine Abschwächung

der Industrie-Konjunktur ist nicht erkennbar. Die Beruhigung erscheint uns eher begrüßenswert. Denn gerade auf dem Gebiete des Stahlgusses waren durch den hohen Auftragseingang unsere Liefertermine so lang und das Auftragspolster so dick geworden, daß wir unseren alten Kundenstamm nur noch durch Einschaltung besonderer Kunstgriffe, wie Freistellung bestimmter Monatsquoten, zufriedenstellend beliefern konnten. Eine kurzfristige Auslieferung auch interessanter Aufträge außerhalb dieser reservierten Quoten war unmöglich geworden. Unsere bei 8 bis 10 Monaten liegenden Liefertermine schreckten alle Besteller ab.

Aus diesem Grunde ist es uns also garnicht unangenehm, daß die Liefertermine wieder in vernünftige und überschaubare Grenzen gelenkt werden. In einigen Produktionszweigen, z. B. dem Großguß, haben wir allerdings auch jetzt noch einen Auftragsbestand, der stärker als normal ist.

Diese Terminbetrachtung betraf unsere Werksabteilung Stachelhausen. Für Papenberg gelten andere Bedingungen. Hauptauf-



traggeber unserer Tempergießerei ist die Automobil-Industrie, und ein Gießer, der auf dem Automobil-Markt verkaufen will, ist einem besonders scharfen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Für ihn galt immer schon das Gesetz, daß nur der mithalten kann, der das günstigste Angebot in Qualität, Preis und Lieferzeit macht.

Die Qualität muß in allen Fällen zuerst genannt werden; denn selbst in den Tagen höchster Konjunktur und dringender Terminnot wurde die Qualitätsfrage vom Käufer nie außer acht gelassen, sondern die Güte der Gußerzeugnisse schärfstens überwacht.

Die Grundlagen zur Prüfung wurden durch die in den letzten Jahren bis zur Perfektion entwickelten Methoden der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung geschaffen. Heute wird kein Lagerkörper in einen VW eingebaut, der nicht im Volkswagenwerk einer genauen Reißprüfung unterzogen wurde. Turbinengehäuse und Umkehrkrümmer werden von unseren Abnehmern immer schärfer auf Lunker, Risse und andere Fehlstellen untersucht.

Wir haben diese Entwicklung frühzeitig erkannt und darum u. a. vor etwa Jahresfrist zur Verschärfung der Qualitätskontrolle in unserem Werk die „Qualitätsstelle“ eingerichtet, die unabhängig von den Betriebsstellen die Produktion in qualitativer Hinsicht besonders unter die Lupe zu nehmen hat. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Güte unserer Erzeugnisse und zur Stärkung des Qualitätsgedankens getan worden.

Es ist klar, daß durch die Einrichtung einer Qualitätsstelle allein das Erzeugnis noch nicht besser wird. Aber die auftretenden Fehler werden heute in stärkerem Maße als bisher erkannt, registriert und beseitigt und damit ein besseres Endprodukt erzielt. In einigen Fällen ist es bereits gelungen, den Produktionsablauf durch systematische Erfassung und Abstellung von Fehlern glatter und reibungsloser zu gestalten. Das Kind „Qualitätsstelle“ ist aber noch zu jung, um über seine Wirksamkeit schon ein abschließendes Urteil abgeben zu können.

Zum Schluß sei ein Kapitel angeschnitten, das in unseren Betrieben noch besonderer Beachtung und Verbesserung bedarf, und das ist die „Unfallverhütung“. Vor etwa vier Wochen besuchte uns der Besitzer einer

amerikanischen Stahlgießerei, und im Verlauf des Gedanken- und Erfahrungsaustausches erzählte er voll Stolz, daß sich in seinem Betrieb, dessen Produktion wesentlich größer ist als die unserer Stahlgießerei, in diesem Jahre erst ein einziger Unfall ereignet habe, der mit einem Arbeitsausfall verbunden war. Das ist für uns, die wir monatlich mit rund 30 Fällen dieser Art zu rechnen haben, völlig unvorstellbar und zeigt uns, daß wir auf dem Gebiete der Unfallverhütung noch sehr viel nachzuholen haben. Die Amerikaner stellen als Bedingung für die Unfallverhütung u. a. folgende Punkte heraus:

1. Instandhaltung der Fußböden und Wege, wobei besondere Aufmerksamkeit auf Hindernisse zeitweiliger oder ständiger Art zu richten ist.
2. Weitere Versorgung mit Schutzbekleidung.
3. Sorgfältige Pflege und Verwendung der Schutzbekleidung durch ihre Träger.
4. Schnelle „Erste Hilfe“-Behandlung für alle Verletzten.
5. Bessere Belehrung in Schutzmethoden, vor allem in der Handhabung von Lasten durch Kräne.

Alle diese Punkte sind auch uns bekannt, und wir sind sicher alle bemüht sie zu befolgen. Aber was den amerikanischen Unfallschutz von dem deutschen grundlegend unterscheidet ist, daß drüben eine gewisse sportliche Begeisterung zur Verhütung von Unfällen bei jedem einzelnen vorhanden ist, und zwar vom Arbeitsplatz bis zur Direktion.

Belohnung für eine gute Tat

Der Kranführer Arno Jodeit, Schmelzerei Stachelhausen, hat einen italienischen Arbeitskameraden daran gehindert, eine Eisenstange im Induktionsofen glühend zu machen. Dadurch ist dieser vor einem starken elektrischen Stromstoß bewahrt worden, der ihn vielleicht das Leben, mindestens schwerste Verletzungen gekostet hätte. Arno Jodeit erhielt für diese gute Tat von der Berufsgenossenschaft und von unserer Geschäftsleitung je eine Anerkennungsprämie.

Die Ultraschallprüfung

Hans-Gerd Kirsch, Versuchsanstalt

Wenn man den Schall nach der Natur seiner Wellen definiert, so spricht man von einem sich fortbewegenden rhythmischen Komprimieren und Dilatieren eines Mediums, das heißt, einem aufeinanderfolgenden Zusammendrücken und Entspannen. Ein für jeden sichtbares Modell ist die Wellenbewegung des Wassers: Wirft man als Anregung (Impuls) einen Stein in ruhendes Wasser, so beobachtet man eine sich ausbreitende Wellenbewegung, also eine Aufeinanderfolge von Wellenbergen und -tälern. Hierbei sind die Wellenberge die Zonen hohen Druckes, die Wellentäler die Zonen des ausgedehnten Zustandes. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Wellen ausbreiten, nennt man Fortpflanzungsgeschwindigkeit. Nach einer gewissen Wegstrecke werden die Wellen allmählich flacher und verebben dann ganz. Mit dieser Erscheinung ist die Reichweite gekennzeichnet. Verstärkt man den Impuls, in unserem Falle würde man einen größeren Stein ins Wasser werfen, so werden die Wellen höher und auch die Reichweite wächst. Die Entfernung von einem Wellenberg zum nächsten ist die Wellenlänge.

Nun bleibt noch ein Begriff zu klären: die Frequenz, gleich Anzahl der Schwingungen je Sekunde.

Betrachtet man unser Wellenmodell im Querschnitt, so müssen wir uns eine Null-Linie denken, welche auf halber Höhe zwischen Wellenberg und Wellental waagerecht verläuft. Auf dieser Null-Linie beginnend, über einen Wellenberg und ein Wellental hinweg, reicht eine Schwingung, die wieder an der Null-Linie endet. Die Anzahl dieser Schwingungen pro Sekunde ist die Frequenz. Die Maßeinheit dafür ist das Hertz (Hz), so benannt nach dem großen Physiker Heinrich Hertz.

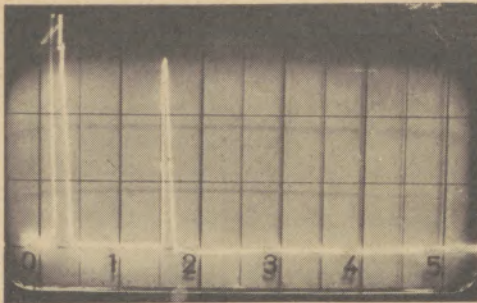
Der hörbare Schall ist uns aus dem täglichen Umgang so vertraut, daß wir uns über seine Besonderheiten und Eigenschaften keine großen Gedanken machen. Erinnerung sei hier an das Echo, an die unterschiedliche Schallschwächung durch bestimmte Werkstoffe oder die Richtcharakteristik, welche bei hohen Tönen viel stärker ausgeprägt ist als bei tiefen Tönen (hohe Töne = hohe Frequenz,

tiefe Töne = niedrige Frequenz). Nun hören wir aus dem breiten Band der Schallwellen nur einen relativ kleinen Bereich, etwa zwischen 16 und 16 000 Hz. Aber auch hier sind noch Einschränkungen zu machen, da nur Kinder und junge Leute den vollen Bereich wahrnehmen können. Mit zunehmendem Alter nimmt das Hörvermögen für die hohen Töne ab, so daß die obere Grenze für ältere Menschen durchaus unter 10 000 Hz liegen kann. Oberhalb des hörbaren Bereichs, man sagt in der Regel oberhalb 20 000 Hz, beginnt das Gebiet des Ultraschalles, welches heute bis etwa 1 Giga-Hertz ausgedehnt werden kann, und auch diese Grenze liegt nur durch die Tatsache fest, daß die apparativen Möglichkeiten zur Erzeugung höherer Frequenzen noch nicht vorhanden sind. (1 Giga-Hertz (GHz) = 1000 Mega-Hertz (MHz), 1 Mega-Hertz = 1000 Kilohertz (KHz), 1 Kilohertz = 1000 Hz).

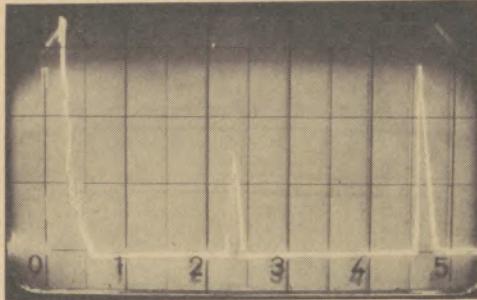
Aus diesem Ultraschallbereich interessieren uns für die zerstörungsfreie Werkstoffprüfung des Stahles die Frequenzen von 0,25-6 MHz. Diese Ultraschallwellen erzeugt man, indem man Quarz- oder Bariumtitanatschwinger durch eine elektrische Frequenz anregt. Diese

Prüfung eines Stahlgußteiles mit Ultraschall

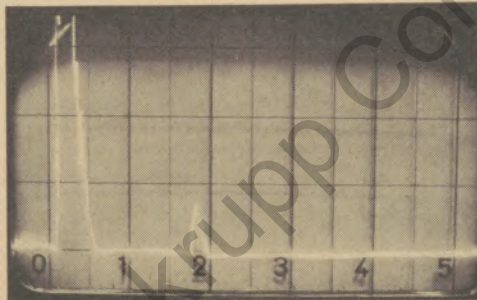




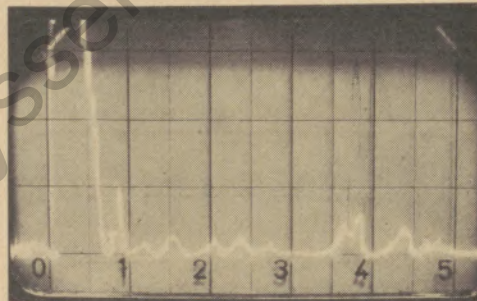
Ultraschall-Anzeige eines fehlerfreien Prüflings. Die erste senkrechte Auslenkung ist der Sende-Impuls, die zweite das Bodenecho



Ultraschallanzeige eines Fehlers, der kleiner als der Schallbündelquerschnitt ist. Der Fehler wird durch die mittlere Amplitude dargestellt



Hier ist der Fehler größer als der Schallbündelquerschnitt, sodaß kein Rückwandecho mehr angezeigt werden kann



Bei dieser Anzeige ist eine eindeutige Auswertung nicht möglich, da starke Ablagerungen auf den Korngrenzen zu viele Störechos hervorrufen.

Wellen können sich im Stahl sehr gut fortpflanzen und werden an den Grenzflächen reflektiert, das heißt, es entsteht dort ein Echo, welches vom Schallgeber wieder empfangen und in elektrische Frequenzen zurückverwandelt werden kann.

Hieraus wird schon das Prinzip der Ultraschallprüfung klar: Ein kurzer Sende-Impuls wird in einem scharfen Bündel in den zu prüfenden Körper geschickt, indem man den Sendekopf des Ultraschallgerätes mittels einer Flüssigkeit an das Werkstück koppelt. Nach einer bestimmten Laufzeit, welche durch den Werkstoff und die Wandstärke bestimmt ist, kommt das Echo des Impulses zum nun als Empfänger arbeitenden Sendekopf zurück. Auf einer Braun'schen Röhre wird dieser Vorgang sichtbar gemacht, indem man die Impulse als vertikale und die Laufzeit als horizontale Auslenkung darstellt. Die Zeitablenkung ist gleich in mm der Wandstärke geeicht.

Braucht der Impuls eine der Wandstärke des Prüflings entsprechende Laufzeit, so ist das Stück fehlerfrei in jener Zone, die dem Durchmesser des Schallbündels entspricht. Das Schallbündel ist nur wenig größer als der Sendekopf, da bei diesen hohen Frequenzen der Öffnungswinkel nur einige Winkelgrade beträgt. Kommt aber der Impuls nach einer kürzeren Laufzeit zurück als es der Wandstärke des Prüflings entspricht, so liegt innerhalb der Wandstärke eine Materialtrennung vor, welche den Impuls vor Erreichen der äußeren Grenzfläche reflektiert. Es kann sich dabei um einen Riß handeln, einen Lunker oder eine Sandstelle. Das kann der erfahrene Prüfer auf der Schirmbildanzeige erkennen. Auch die Größe des Fehlers läßt sich bei einiger Erfahrung abschätzen.

Das Prüfverfahren ist äußerst empfindlich und reagiert auf aller kleinste Fehler. Allerdings ist dies auch gelegentlich von Nachteil, da selbst kleinste Ablagerungen auf den Korngrenzen angezeigt werden können, die in ihrer Vielzahl die Anzeige unübersichtlich machen. Trotzdem ist die Ultraschallprüfung eine wertvolle Ergänzung der anderen zerstörungsfreien Prüfverfahren, wenn auch zum Teil recht komplizierte Gesetzmäßigkeiten der Eigenschaften des Ultraschalls bei der Prüfung berücksichtigt werden müssen, deren eingehendere Betrachtung hier nicht erfolgen soll.

Warum innerbetriebliche Revision

Hans Nyenhuis, Planungsstelle

Man braucht nicht unbedingt Revisor zu sein, um zu wissen, daß man der Revision im allgemeinen argwöhnisch und mit einem gewissen Gefühl des Unbehagens gegenübersteht; man braucht aber auch nicht unbedingt Revisor zu sein, um zu verstehen, daß die Revision sinnvoll, ja eine unabdingbare Notwendigkeit ist.

Bevor wir uns jedoch mit dem eigentlichen Thema auseinandersetzen, sei kurz klargemacht, was mit dem Begriff „Revision“ gemeint ist.

Schlägt man dieses Fremdwort in einem Lexikon nach, dann erfährt man, daß es auf Deutsch „Nachprüfung“ heißt. Da und dort ist es sogar mit „Kontrolle“ übersetzt, wiewohl auch in unserem Werk diese beiden Wörter sehr häufig in sinnverwandter Weise angewendet werden. Dabei bedeuten Revision und Kontrolle etwas Grundverschiedenes. Worin liegt der Unterschied?

Zunächst einmal darin, daß die Kontrolle eine dauernde oder zeitlich begrenzte Überwachung der laufenden Arbeitsvorgänge ist. Im Gegensatz dazu stellt die Revision die Prüfung eines abgelaufenen Arbeitsprozesses oder Zeitabschnitts dar. Die Kontrolle kann schon durch entsprechende organisatorische Maßnahmen (z. B. Aufgabentrennung) wirksam werden; demgegenüber ist die Revision eine Art kritischer Arbeitswiederholung. Sie schließt mithin die Prüfung der Kontrolleinrichtungen ein.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ergibt sich in personeller Hinsicht. Die Kontrolle geschieht durch den für einen Bereich Verantwortlichen selbst, beziehungsweise durch dessen Beauftragten. Mit der Revision hingegen sind Personen betraut, die von dem zu prüfenden Verantwortungsbereich unabhängig sind.

In diesem (jetzt wohl allgemeingeltenden Sinne) wollen wir die beiden Begriffe „Revision“ und „Kontrolle“ verstehen, wenn sie uns in den folgenden Ausführungen begegnen. Wenden wir uns nunmehr der Frage nach dem Sinn und Zweck der Revision zu. Sie ist — dessen sind wir uns bewußt — gar nicht soweit hergeholt; hat sie doch in den

letzten Jahren, wenn immer nämlich die Innenrevision an den verschiedenen Stellen der Betriebe in Aktion trat, uns irgendwie beschäftigt.

Der Revision sind zwei Ziele gesetzt: Sie soll

erstens nachprüfen, ob sich die Vorgänge im Betrieb so abspielen, wie es die Geschäftsleitung angeordnet hat, und gegebenenfalls vorhandene Mängel ausfindig machen (= formelle Prüfung) und

zweitens Ansatzpunkte zur Verbesserung der vorhandenen organisatorischen Einrichtungen und Abläufe erkennen helfen sowie eine Anpassung an die neuen Verhältnisse in die Wege leiten (= materielle Prüfung).

Das klingt — zugegeben — sehr theoretisch. Es wird jedoch um vieles verständlicher, wenn man sich einmal folgende Gedanken ins Bewußtsein ruft.

Die Geschäftsleitung ist bei der Vielschichtigkeit der täglich auf sie zukommenden Fragen des Wirtschaftslebens und bei der ausgedehnten Verwaltung der Betriebe trotz Teilung der Aufgaben selbst außerstande, alle Vorgänge und die Tätigkeit jedes einzelnen Mitarbeiters zu überwachen. Sie sieht sich deshalb genötigt, auf andere Weise sicherzustellen, daß das betriebliche Geschehen störungsfrei verläuft und Fehler oder gar Unregelmäßigkeiten, die zu Verlusten und Störungen führen, weitestgehend vermieden werden. Wie kann das geschehen?

Zunächst einmal bedarf es klarer Richtlinien, die die Geschäftsleitung für die Erledigung der anfallenden Aufgaben aufstellt. Diese Vorschriften, die in Form von Arbeitsanweisungen und Mitteilungen von der Planungsstelle ausgearbeitet werden, sind in den vergangenen Jahren an alle Abteilungen ergangen und betreffen nahezu jedes Sachgebiet. Darüber hinaus ist die Möglichkeit gegeben, in den Fertigungs- und Verwaltungsablauf mannigfache, teilweise selbsttätig wirkende Kontrollen einzubauen, mittels derer schon während des Arbeitsvorganges Mängel aufgedeckt und — soweit dies möglich ist — ausgeschaltet werden. Empfehlenswert ist bei diesen Kontrollen, daß sie nicht durch die-

jenigen Stellen erfolgen, die die Arbeiten durchgeführt haben. Dies sollte vielmehr durch nachgeschaltete oder übergeordnete Abteilungen geschehen. Als Beispiel hierfür sei die Rechnungsprüfung angeführt, die einer von der Abteilung Einkauf unabhängigen Stelle übertragen ist.

Des weiteren empfiehlt es sich, die Pflichtenkreise so aufzugliedern, daß die Erledigung eines Vorganges vom Anfang bis zum Ende nicht einem einzigen Sachbearbeiter obliegt. Eine solche Aufteilung der Pflichten läßt Fehler und etwaige Unregelmäßigkeiten viel schneller zutage treten.

Nicht zuletzt verdient auch das Formularwesen erwähnt zu werden; ist es doch für den systematischen Ablauf der Verwaltungsarbeit von großer Bedeutung. Die meisten Vordrucke lassen sich so entwerfen, daß diejenigen Mitarbeiter, die sie bearbeiten müssen, gezwungen sind, ihre Arbeiten in der vorherbestimmten Art und Weise zu erledigen. Um Fehler und Störungen zu vermeiden, genügt es aber noch nicht, Arbeitsanweisungen und Mitteilungen herauszugeben und wirksame Kontrollen einzuschalten. Es kommt im wesentlichen darauf an, daß die Anordnungen von allen Mitarbeitern befolgt und die Kontrollen auch tatsächlich in der vorgeschriebenen Weise vorgenommen werden; denn eines gilt als sicher: auch die beste Organisation ist nicht frei von Störungen, wenn sich einzelne Mitarbeiter — bewußt oder unbewußt — über die an sie ergangenen Anordnungen hinwegsetzen. Überdies ist zu bedenken, daß die menschliche Unvollkommenheit immer wieder Fehler auftreten läßt, die dem Werk mehr oder weniger große Verluste eintragen können.

Aus alledem zeigt sich aber sehr deutlich, daß die Vielfalt der Vorgänge und ihre Verzweigkeit in einem Großbetrieb — und um einen solchen handelt es sich bei unserem Werk — eine Unmenge möglicher Fehlerquellen schaffen und es der Direktion unmöglich machen, alles zu übersehen und zu überwachen. Andererseits kann die Geschäftsleitung aber nicht darauf verzichten, sich darüber zu informieren oder informieren zu lassen, ob der betriebliche Organismus reibungslos arbeitet, oder ob sich, sei es auch nur an wenigen Stellen, Fehler zeigen, die störend auf ihn einwirken. Sie muß sich vergewissern, ob ihre Anweisungen mit der er-

forderlichen Sorgfalt beachtet, und ob die durch mangelhafte Einstellung zur Arbeit oder durch sonstige Fehler entstandenen Störungen, wenn nicht gänzlich vermieden, so doch auf ganz wenige beschränkt werden. Die Geschäftsleitung muß darüber hinaus wissen, ob und an welchen Stellen der Betriebe die Organisation der Verbesserung bedarf. Aus allen diesen Gründen läßt die Direktion laufend Revisionen durchführen. Sie erfüllen somit, wie schon eingangs erwähnt, eine doppelte Aufgabe:

die Aufgabe der Vorbeugung und die Aufgabe der Enttörung.

Die Revision soll also, um es abschließend zusammenzufassen, einmal nachprüfen, ob die durch die Organisation aufgestellten Richtlinien ständig befolgt werden, und nach neuen (besseren) Organisationsmethoden und -wegen suchen — zum anderen: bestehende Mängel aufdecken, in das Blickfeld der Verantwortlichen setzen und deren Beseitigung auf dem schnellsten Wege erreichen.

Oswald von Nell-Breuning: „Kapitalismus und gerechter Lohn“, Band 67 der Herder-Bücherei, 2,20 DM, Verlag Herder, Freiburg.

Besondere Aufmerksamkeit unter den Bänden der Herder-Bücherei verdient dieses neue Taschenbuch des bekannten Sozialwissenschaftlers Oswald von Nell-Breuning, dessen Rat und Sachkenntnis von Regierungs- und Unternehmenseite wie auch von Seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes gleichermaßen geschätzt werden. Er hat hier über ein Thema geschrieben, das jeden interessiert: Kapitalismus und gerechter Lohn. Zunächst erklärt er Erscheinungsformen und Entwicklung des Kapitalismus, legt seine Auswirkungen auf Staat, Gesellschaft und Familie dar und wendet sich danach den Fragen zu, die den Arbeitnehmer besonders bewegen: gerechter Lohn, Sozialrenten, Anteil des Arbeitnehmers am Sozialprodukt, Familienlohn, Lage der kinderreichen Familie, Familienlastenausgleich, Arbeitsmarkt und anderes mehr. — Indem Nell-Breuning die Probleme unserer modernen sozialen Situation aufgreift, wird das Bändchen geradezu zu einem kleinen aktuellen Soziallehrbuch, das vor allem auch für Arbeitskreise eine gute Grundlage bietet.

„Was prüft der Betriebsprüfer?“, von Dipl. Volkswirt A. Stadlbauer, 3,20 DM, Wilhelm Stollfuß-Verlag, Bonn.

Die steuerliche Buch- und Betriebsprüfung, die als Bestandteil des Steuerermittlungs- und Steueraufsichtsverfahrens in bestimmten Zeitabständen durchgeführt werden muß, bringt dem Kaufmann, der sich sorglos auf das Buchergebnis verläßt, oft peinliche Überraschungen. Diplom-Volkswirt A. Stadlbauer gibt dem Leser in seinem Bändchen einen ausgezeichneten Einblick in die Arbeitsweise des Prüfers und behandelt in übersichtlicher, leicht verständlicher Form alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung auftauchen können.

Neue Getränke-Automaten

Unsere Mitarbeiter in der Betriebsabteilung Papenberg hatten Gelegenheit, in den letzten Wochen einen dort aufgestellten Getränke-Automaten auszuprobieren. Es handelt sich bei diesem Automaten um eine „Kaltbar“ der Schwelmer Eisenwerke. Eine Auswahl von vier Getränken mit Fruchtsaftzusätzen zum Preis von 15 Pfennigen für 0,2 Liter wird angeboten. Außerdem gibt der Automat gereinigtes und entchlortes Wasser unter Zusatz von Kohlensäure kostenlos ab.

Alle Getränke werden gekühlt. Der Grad der Kühlung ist einstellbar und muß sich nach den betrieblichen Gegebenheiten richten. Die Anlage ist hygienisch einwandfrei.

Nach Einwurf von 15 Pfennigen und einem Druck auf die Taste für das gewünschte Getränk, fällt ein imprägnierter Pappbecher herunter, der sich automatisch füllt.

Für die Abgabe des mit Kohlensäure angeereicherten Wassers muß ein Trinkgefäß mitgebracht werden.

Nach den Wochen der Erprobung kann heute gesagt werden, daß sich der versuchsweise aufgestellte Automat gut eingeführt hat. Deshalb werden in den nächsten Wochen in den einzelnen Betrieben weitere derartige Automaten aufgestellt werden, damit möglichst viele Werksangehörige von dieser guten Gelegenheit, ihren Durst zu stillen, Gebrauch machen können.

Gleichzeitig sind Überlegungen angestellt worden, auch Milch aus für diesen Zweck anzuschaffenden Automaten zu verkaufen. Die Milch wird dann nicht mehr in Flaschen, sondern in den sogenannten „Zupack“-Pakungen geliefert. Diese werden in der Molkerei in Lennep gefüllt und verschlossen. Dadurch ist auch für diese Verkaufsart die Gewähr für größte Sauberkeit gegeben, zumal die Milch im Automaten selbst gekühlt wird. Diese Milchverkaufsautomaten werden ebenfalls in den nächsten Wochen aufgestellt.

Von der pfleglichen Behandlung der Automaten wird es dann nicht zuletzt abhängen, daß sie zu jeder Tages- und Nachtzeit abgabebereit sind.

Durch die Aufstellung der Automaten erfolgt eine generelle Lösung der Versorgung der Betriebe mit Getränken. Der Getränkeverkauf in Flaschen hat in der Vergangenheit

aus vielerlei Gründen zu Beanstandungen geführt und wird deshalb nach Aufstellung der Automaten eingestellt. In vielen anderen großen Betrieben hat sich diese Art des Verkaufs von Getränken gut bewährt und wird von Tag zu Tag mehr eingeführt, da sie am besten geeignet ist, zu jeder Zeit das Durstverlangen zu stillen. Dieser Erkenntnis wollen wir uns in unserem Werk nicht verschließen und die Vorteile, die uns die Technik bietet, ebenfalls in Anspruch nehmen. R.B.

Durchgang gesperrt

Der Durchgang mit den Werksbahngleisen zwischen der Fabrikstraße Stachelhausen und dem Instandhaltungsbetrieb ist nun endgültig für Fußgänger aus Gründen der Unfallverhütung gesperrt. Die Verbotsschilder in Deutsch und Italienisch sind erneuert worden und müssen beachtet werden. Die schmale Makadamdecke neben den Gleisen ist kein Fußgängerweg, sondern dient als Schutz für die darunterliegenden Kabel.

Gefährlicher „Spaß“

Eine gefährliche Unsitte, die schon vor Jahren eine Zeitlang viel Unheil angerichtet hat, ist jetzt leider wieder aufgelebt, nämlich das gegenseitige Bewerfen mit Sand und gehärteten Kernen. Das sollen zwar Scherze sein, die aber meistens in Körperverletzungen ausarten. So wurde in der Kernmacherei Stachelhausen das Auge eines Vorarbeiters getroffen, so daß er krankgeschrieben werden mußte. In der Formerei Papenberg, Band 4, ist ebenfalls das Auge eines Mitarbeiters getroffen worden. Um diesem „Spaß“ wirksam entgegenzutreten, ist die Technische Direktion entschlossen, bei Bekanntwerden eines solchen „Spaßmachers“ die fristlose Entlassung auszusprechen.

Wohnungstauschwünsche

Geboten werden 3 Zimmer und 1 Speicherrzimmer, Wohlfahrtstraße 8. — Gesucht werden 5 Zimmer mit Bad im Bezirk Honsberg.

Geboten wird eine Zwei-Zimmer-Wohnung, Mietpreis 32 DM. — Gesucht wird eine 3- bis 3½-Zimmer-Wohnung.

Was soll ich nur werden

Ein Wort an die Werksangehörigen, deren Söhne und Töchter, die Ostern 1962 die Schule verlassen.

Was soll ich nur werden? — Diese Frage bewegt alljährlich alle Jungen und Mädchen, die die Schule verlassen werden und stürzt sie meistens in große Ratlosigkeit. Aber auch die Eltern dieser Schüler machen sich monatelang vorher schon Gedanken darüber, was ihre Kinder eigentlich werden sollen. Keiner kann sich der Beantwortung dieser Frage entziehen. Es ist eine Lebensfrage, deren Entscheidung niemandem abgenommen wird; denn von ihr hängt die Lebensstellung ab, die man später einnehmen wird. Die Beantwortung dieser Frage bestimmt auch den Lebensweg, die Berufs- und Charakterentwicklung. Alles zusammen aber beeinflußt und formt letzten Endes die Familie, die jeder einmal gründet.

Deshalb ist es gut und vorteilhaft, Überlegungen anzustellen, welcher Beruf am besten ergriffen werden soll.

Elternhaus und Schule sind bis dahin das Reich des Jugendlichen. Doch schon vor der Schulentlassung muß er sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß er bald den Schritt in die Berufswelt wird wagen müssen. Diese Berufswelt tritt zwar für jeden in irgendeiner Form täglich in Erscheinung, er kommt zwar mit ihr in Berührung, wenn er offenen Auges seine Umgebung betrachtet, aber eine richtige Vorstellung von ihr kann er sich noch nicht machen. Fast immer sind es zuerst die Eltern, die die meiste Erfahrung haben und dem Jugendlichen Hinweise geben und ihn auf den richtigen Berufsweg führen können; denn bei der Frage nach dem künftigen Berufsweg geht es nicht um ein Abenteuer oder um ein vorübergehendes Spiel, das man gewinnen oder verlieren kann, um dann etwas anderes zu beginnen. Es ist eine Entscheidung fürs Leben. Der Beruf, der ergriffen wird, bestimmt den zukünftigen Lebensweg.

Nach welchen Gesichtspunkten nun soll die Berufswahl getroffen werden?

Bereits in der Schule, dem einzigen Arbeitsfeld des Schülers, sind Leistungsbeweise zu erbringen, die in den Zeugnissen ihre Bewertung finden — und jeder Junge, jedes Mädchen, sollte sich die Frage stellen, ob alles

getan wurde, um sich möglichst viel Wissen und viele Kenntnisse anzueignen. Vielleicht ist bis zur Schulentlassung noch manches nachzuholen. Die Wochenkalender in den Entlassungsklassen zeigen Schülern und Eltern, welche Leistungsforderungen in den einzelnen Berufszweigen erwartet werden. Hier schon können sie viele Vergleiche anstellen und sich die Entscheidung erleichtern. Niemandem wird ein Beruf aufgezwungen; aber es ist vorteilhaft, sich schon heute darüber Gedanken zu machen. Besonders zweckmäßig ist es, auch die Berufsberatung oder den Ausbildungsleiter der Lehrwerkstatt zu Rate zu ziehen. Hier können sich vor allem die Eltern jahrelange Erfahrung zunutze machen, um eine wirklich gute Entscheidung für ihr Kind zu treffen.

Unser Werk führt die fachliche Ausbildung in einer eigenen anerkannten Lehrwerkstatt durch. Die Ergebnisse bei den Facharbeiter-Abschlußprüfungen beweisen den hohen Stand unserer Lehrlingsausbildung. Die Zahl derjenigen, die nach ihren Gesellenjahren ihre Meisterprüfung ablegten oder über den zweiten Bildungsweg einem höheren Ziel zustrebten und es erreichten, ist ein weiterer Beweis der Qualitätsausbildung in unserer Lehrwerkstatt.

Die Ausbildung in unserem Werk erstreckt sich auf folgende Berufe:

Werkzeugmacher, Maschinenschlosser, Modellschlosser, Betriebsschlosser, Dreher, Rohrinstallateur, Former, Modellschreiner, Industriekaufmann.

Bewerbungen können jederzeit in unserem Personalamt abgegeben werden.

Kleine Anzeigen

1 Wandbett, 2 Couches, 1 runder Wohnzimmertisch, 2 Stühle, 1 Allessbrenner-Wohnzimmerofen, 90 cbm, alles sehr gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Redaktion.

Guterhaltener 3flammiger Gasherd mit Backofen preiswert abzugeben. Zu erfragen in der Redaktion.

... und das meint Strupp

Es war ein imposanter Anblick — ein vollbesetzter Saal mit Werksangehörigen — und das dreimal — am freien Samstagvormittag — kaum glaublich — aber es war so.

Was sehr viele nicht für möglich gehalten haben, das ist eingetroffen, daß nämlich selbst eingefleischte Gegner der vierteljährlich vom Betriebsrat einberufenen Belegschaftsversammlungen erschienen sind und drei Stunden ihrer freien Zeit „geopfert“ haben. Ja — ich muß ehrlich gestehen, daß ich eine Wette verloren habe, weil ich behauptet hatte, daß nicht einmal die erste Versammlung voll besetzt sein würde. So kann man sich in den lieben Mitmenschen täuschen, wenn man sie für besser hält als sie in Wirklichkeit sind. Aber ich Dummkopf hatte gar nicht an die acht Mark gedacht, die für das „Opfer“ des Erscheinens als Belohnung ausgegeben wurden. Hier liegt also der Hase im Pfeffer.

Diejenigen, die früher zu jeder Belegschaftsversammlung gekommen sind, kannten sich bereits untereinander; es waren immer dieselben: 600–700, vielleicht auch mal 800, aber, wie gesagt, durch über ein Jahrzehnt waren es immer dieselben. Sie kamen aus Interesse als Gewerkschaftler oder aus Interesse am Werksgeschehen überhaupt, und niemand hat ihnen dafür ein Dankeschön gesagt, geschweige sie belohnt. Jetzt aber — so viele fremde Gesichter derjenigen, die früher nicht zeitig genug die Kurve kratzen konnten — angeblich, um etwas mehr Freizeit zu haben, und nun dafür acht Mark erhalten, daß sie so gnädig sind anzuhören, was der Betriebsrat und die Geschäftsleitung zu sagen haben.

Es geht hier nicht um die acht Mark. Sie sind jedem gern gegönnt, wenn sie schon mal ausgeworfen werden, aber es geht meiner Meinung nach um den Geist und Sinn der Belegschaftsversammlungen.

Ist es nicht besser und nützlicher und erfolgreicher, 500 oder 600 treue, aufgeschlossene, an der Arbeit des Betriebsrates interessierte Werksangehörige vor sich zu haben als 1800, von denen 1000 doch nur der acht Mark wegen gekommen sind, und die früher nur mit dummen und gehässigen Bemerkungen über diese Versammlungen herfielen und es fast als Beleidigung auffaßten,

wenn man sie aufforderte, sie zu besuchen und sich über die Arbeit des Betriebsrates und der Geschäftsleitung unterrichten zu lassen? Die 300 italienischen Mitarbeiter zudem verstehen kein einziges Wort von dem, was mit Liebe zur Sache, mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorgetragen wird.

Allerdings ist ein Viertel der Belegschaft auch jetzt nicht erschienen, teilweise aus Grundsatztreue, zum Teil aber sind auch solche darunter, die früher niemals gefehlt haben, nun aber einfach nicht kommen können, weil der Weg zu weit ist oder der Haushalt und die Familie es am Samstag nicht zulassen. Sie sagen nun: und wer küßt uns?

Gewiß, der Rahmen ist in diesem Kinosaal angenehmer, feierlich, wenn man so sagen will — aber wenn Dr. Busch bemerkte, daß er sich zwischen den Blauleinen in unserer Wagenhalle wohler gefühlt habe, dann wird ihm wohl niemand widersprechen. Wir waren unter uns und konnten auch mal den „Mund aufreißen“, wenn es hart auf hart ging. Niemand nahm es uns übel, denn jeder konnte so sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Nun wartet doch jeder nur darauf, daß möglichst bald der Schluß der Versammlung verkündet wird. Zudem ist an allen drei Vormittagen der Verdacht ausgesprochen worden, daß sich Fremde eingeschlichen hätten. Das ist natürlich weiter nicht schlimm; denn es werden keine Geheimnisse behandelt; aber wenn Fremde in unsere Belegschaftsversammlung kommen, dann ja nicht dazu, um uns zusätzlich fünf Mark zu geben, sondern sie kommen mit einer unredlichen Absicht.

Sicher verfolgt der Betriebsrat mit dieser Art der Belegschaftsversammlung die besten Absichten. Er will möglichst viele Werksangehörige ansprechen. Aber gelingt ihm dies in Wirklichkeit? Ist dies nicht nur äußerlich der Fall und eine Selbsttäuschung (siehe oben!)?

Bei diesen meinen Überlegungen denke ich ganz bestimmt nicht an die acht Mark. Durch den nicht unterbrochenen Produktionsablauf wird wohl diese Ausgabe aufgewogen; aber ich glaube, daß durch diese Art der Belegschaftsversammlung nichts gewonnen ist, wie ich darzulegen mich bemüht habe, ganz abgesehen davon, daß die Betriebsratsvorsitzenden und die Geschäftsleitung sowie einige andere Werksangehörige wirklich drei freie Samstagvormittage

„opfern“ müssen, und sicher in den Sommermonaten auch nicht zwei Drittel unserer Belegschaft erscheinen werden.

Das ist meine zwar gut überlegte, aber völlig unmaßgebliche Meinung, und ich bitte, sie so aufzufassen, wie sie gemeint ist.

In diesem Sinne grüßt Euch alle recht herzlich

Euer *Struppi*

Weihnachtszuwendung 1961

Die Weihnachtszuwendung für 1961 liegt nunmehr fest. Sie beträgt:

125 DM für ledige und

210 DM für verheiratete Werksangehörige.

Alle Lehrlinge erhalten 100 DM.

Für die im Jahre 1961 neu oder wiedereingestellten Belegschaftsangehörigen vermindert sich die Zuwendung für jeden vollen Kalendermonat, der vor dem Eintrittstag liegt, um 1/12.

Werksangehörige, die bereits

am 1. 11. 51 bei uns beschäftigt waren, erhalten 10 DM,

am 1. 11. 36 bei uns beschäftigt waren, erhalten 25 DM,

am 1. 11. 21 bei uns beschäftigt waren, erhalten 40 DM,

am 1. 11. 11 bei uns beschäftigt waren, erhalten 50 DM,

als Zuschlag zur Weihnachtszuwendung.

Voraussetzung ist selbstverständlich, daß diese Zuschläge nur solche Werksangehörige erhalten, die dem Werk seit obigen Daten ununterbrochen angehört haben.

Die Zuwendung wird nur an Werksangehörige gezahlt, die am Auszahlungstag bei uns beschäftigt sind. Im Dezember neu eintretende Mitarbeiter scheiden aus.

Für folgende Fälle sind abweichend von den obigen Sätzen besondere Regelungen getroffen worden:

a) Witwer und Witwen ohne Kinder, die schon am 1. 11. 46 zur Belegschaft zählten, erhalten die Zuwendung wie Verheiratete,

b) alleinstehende Frauen mit eigenem Haushalt erhalten die Zuwendung wie Ledige,

c) verheiratete Frauen, deren Männer bei uns oder anderweitig beschäftigt sind, erhalten die Zuwendung wie Ledige,

d) alleinige Ernährer erhalten die Zuwendung wie Verheiratete, jedoch nur dann, wenn die Steuerkarte entsprechende Hinweise enthält.

Die Sätze zu a) bis d) sind selbstverständlich um die Beträge für Werkszugehörigkeit zu erhöhen, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Auszahlung erfolgt mittels besonderer Tüte am 4. Dezember 1961 abzüglich der Lohn- und Kirchensteuern für den über 100 DM liegenden Betrag der Zuwendung. Die ebenfalls zu zahlenden Beiträge zur Sozialversicherung werden mit der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung Dezember eingezogen.

Sollte die Berechnung der Zuwendung in Einzelfällen nicht stimmen, so wird um Vorgesprache am Lohnschalter bzw. an der Hauptkasse gebeten.

Die Geschäftsleitung hat sich entschlossen, allen Belegschaftsmitgliedern, die bereits vor dem 1. Juli 1960 dem Werk angehörten, zum Jahresende eine einmalige Sonderzahlung von 50 DM zu leisten. Die Auszahlung erfolgt mit der Weihnachtszuwendung.

Betriebliches Vorschlagswesen

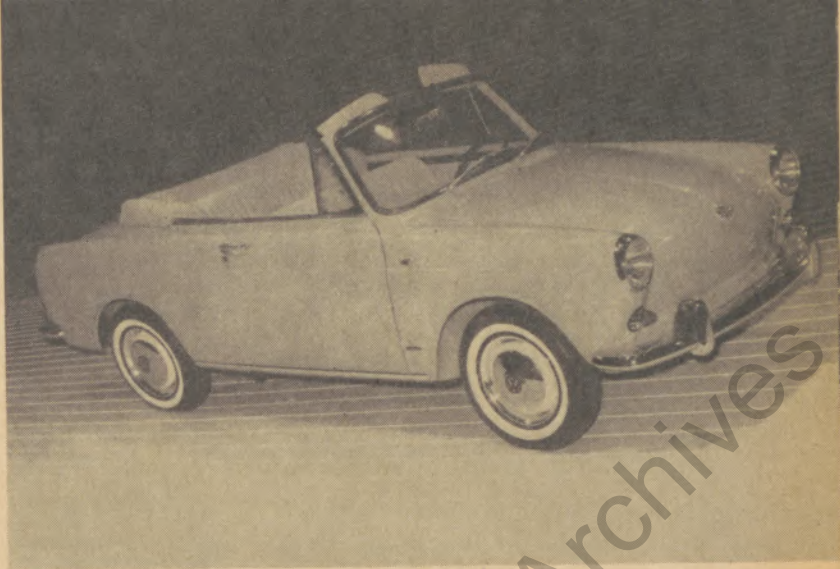
In der letzten Sitzung des Kuratoriums für das Betriebliche Vorschlagswesen sind folgende Prämien vergeben worden:

Max Lang, Instandhaltungsbetrieb	60 DM
K. G. Belzer, Instandhaltungsbetrieb	15 DM
Eug. Meißner, Richterei Papenberg	35 DM
K. Kosch, Schlosserei Stachelhausen	50 DM
Gt. Auerbach, Schmelzerei Stachelh.	25 DM
Otto Budenz, Lager Stachelhausen	15 DM
Willi Baier, Rep.-Werkst. Stachelh.	15 DM
Alb. Krause, Schmelzerei Stachelh.	50 DM
Franz Richter, Schmelzerei Stachelh.	50 DM
Rudi Onasch, Büro Stachelhausen	25 DM

Guterhaltenes Knabenfahrrad zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Redaktion.

1 Holzterasse, ca. 3 m lang, als Speicher- oder Kellertreppe geeignet, und 1 Zwischenzähler, 5 Ampère, 220 V Wechselstrom, preiswert abzugeben. Zu erfragen in der Redaktion.

Die 40. IAA in Frankfurt



VW-Kabriolett

Automobilausstellung und Kraftwagen als Jubilare

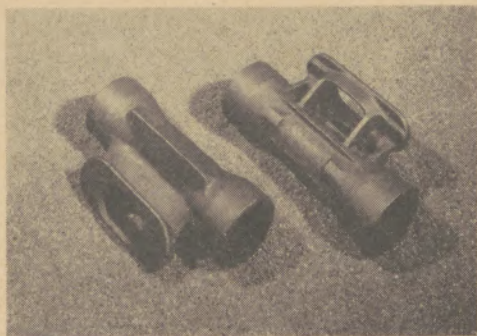
Heinz Wehl, Stahlguß-Verkauf

Kein gerade günstiger Zeitpunkt für die Eröffnung der Jubiläumsausstellung war der 21. September 1961. Allzu reichliche Schatten fielen auf ihr so lichtiges Äußere, ihren Glanz. Nicht, daß an ihr selbst etwas Besonderes auszusetzen gewesen wäre, nein, dazu gab es keinen Anlaß; überschattet wurde sie vielmehr in erster Linie durch die bedrückende deutsche Situation, die wenige Wochen vorher, am 13. August, in letzter Schärfe zutagegetreten war und seitdem uns alle nicht mehr losläßt. Hinzu kam die beunruhigende weltpolitische Lage. Überall brennen jene Feuerchen weiter, die schon vor Jahren brannten und den für einen neuen Weltbrand so gemeingefährlichen Zündstoff enthalten. Auch nur ein einziges davon tatkräftig und nachhaltig auszutreten, gelang im Laufe der Jahre nicht. Wohl aber sind neue Flammen entfacht worden, welche die Gefahr erhöhen und die beiden Hauptakteure, die USA und die UdSSR, sich anscheinend in zunehmendem Maße voneinander entfernen lassen. Zu den Problemen Algerien, Laos, Vietnam haben sich Kongo und Kuba gesellt, von der Deutschland-Frage, der weiteren Behandlung der Berlin-Krise und anderen kritischen Vorgängen ganz abgesehen.

Wer angesichts solcher bedenklichen Zustände innerhalb und außerhalb Deutschlands nun gemeint hätte, daß vielleicht die so hoff-

nungslos erscheinende deutsche Situation und die akuten Gefahren für unser Land das Interesse an der IAA und ihrem Besuch in irgendeiner Weise beeinträchtigen würden, der wäre einem Irrtum erlegen. Im Gegenteil, Hunderttausend und etliche mehr als vor zwei Jahren waren es, die da aufkreuzten und einzelne Gebäude oft bis zum Bersten füllten, mehr womöglich zeitweise, als den Veranstaltern lieb war. Immer wieder mußten Pavillons der PKW-Hersteller vorübergehend gesperrt werden, um qualvolles Gedränge zu verhindern und den vielen Menschen ein halbwegs ruhiges Betrachten der aufgebauten Objekte zu ermöglichen.

Fast eine Million Besucher zählte man insgesamt, und das war viel, sehr viel. Von so gewaltiger Anziehungskraft hatte sich die Pracht in Chrom und Lack erwiesen. — Berlin ist eben weit, an Stacheldraht und Betonmauern mitten durch Berlin und mitten durch Deutschland will keiner gern erinnert sein, wenn es beispielsweise die neuen 1500er von BMW oder vom VW zu begutachten gilt. Schließlich wollen die Automobil-Industrie und die zahllosen anderen, die mit ihr blühen und welken, weiterflorieren, und die Motorisierung soll in den kommenden Jahren eine vollständige werden. — Keine deutsche Not im Osten vermochte somit den Andrang in Frankfurt auch nur andeutungs-

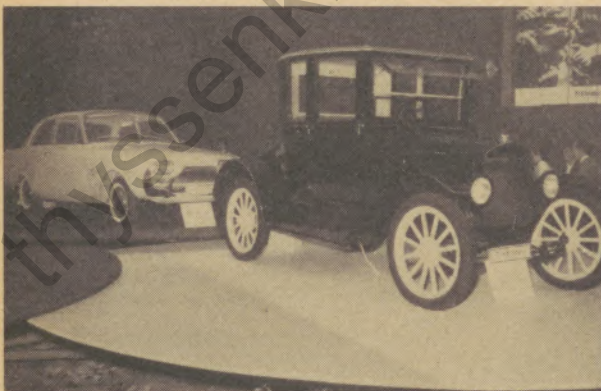


Federstablager für VW 1500 PKW

weise zu mindern, genausowenig, wie sie — nun allerdings leider — die Abhaltung und den Betrieb des Münchner Oktoberfestes und ähnlicher Volksfeste verhindern bzw. eindämmen konnte. Die todernststen politischen Begebenheiten kratzen den konjunkturge- wohnten Bundesbürger offenbar nur wenig.



VW 1500 Karmann



Das „alte, berühmt gewordene Ford-T-Modell

Jeden Morgen also während der IAA „jagten“ oder „schlichen“ die Massen der Fahrzeuge gen Frankfurt, um ihre Insassen zu der märchenhaften Schau zu bringen. „Schleichen“, das kam leider öfter vor, als man damit rechnete; denn es gibt mancherlei Hindernisse auf Seeborn's Straßen, und der Ausbau und Neubau der Verkehrswege hat nun doch nicht Schritt gehalten mit dem Tempo der Motorisierung. Oft genug wurde der Minister rechtzeitig gemahnt, gewarnt und gebeten, und jetzt ist das Malheur längst da. Kilometerlange, verharrende oder langsam kriechende Autoschlängen auf deutschen Autostraßen sind einfach zum gewohnten Bild geworden, besonders während der Wochenenden. Zehntausende von Fahrern haben Ärger und Verdruß auf Reisen, verplempern kostbare Zeit, können verabredete Termine nicht einhalten, müssen Brennstoff verschwenden, tragen zudem eine Stinkwut mit sich herum oder resignieren. Die Straßenmisere ist ein weiterer, wirklich ganz dunkler Schatten, der auf die Ausstellung fiel. Fast will es angesichts der unheimlichen Zunahme der Kraftfahrzeuge scheinen, als stünde uns Schlimmeres auf dem Sektor „Straße“ bevor.

War man endlich doch in Frankfurt angekommen, war der Wagen untergebracht, und hatte man das Tor zur Ausstellung durchschritten, bot sich das altgewohnte, stets wieder fesselnde Bild. Da standen sie in den Pavillons, Hallen und auf den Freiflächen, die Kleinen, die Mittleren und die Ungetüme, blinkend und blitzend, angestrahlt, rotierend auf ebener oder schräger Grundfläche, mit Spiegeleffekten zu stärkerer Wirkung gebracht, in herrlichen Farben und Formen. Moderne Märchenlandschaften taten sich auf, traumhaft schöne Wagen zeigend.

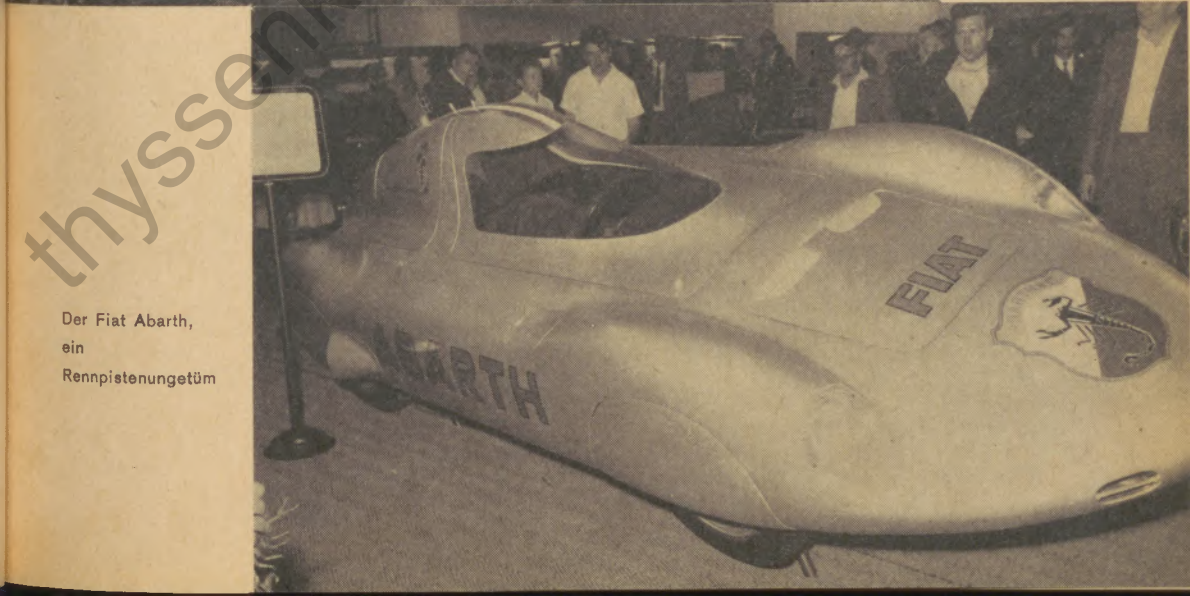
Nun, es war die 40. IAA, eine Jubiläumsausstellung, übrigens, wie 1959, sonnenüberstrahlt, mit warmem, ja an einigen Tagen brühheißem Wetter. Die Aussteller wissen von der Hitze ein Lied zu singen.

Im Mai 1898 hatte man zum ersten Male Automobile ausgestellt, ganze 13 Wagen, und zwar in der Reichshauptstadt Berlin, wo die IAA später so viele Male stattgefunden hat. Diese erste Veranstaltung war zu einer Zeit, als man in solchen, damals noch ungeheures Aufsehen erregenden Autos mit Höchstgeschwindigkeiten von 30 km/h z. B. von Berlin nach Potsdam raste. Vor genau 75 Jah-

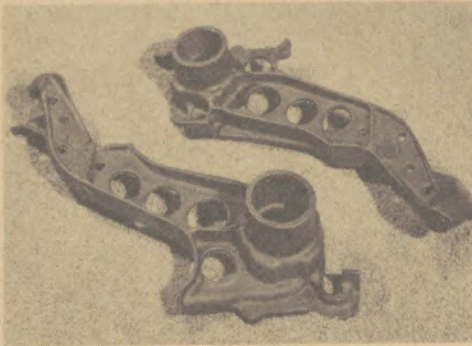
Die
vierversprechende
Neuschöpfung:
der BMW 1500



Der
bildschöne
DKW
Roadster
1000 SP



Der Fiat Abarth,
ein
Rennpistenugetüm



Lagerkörper für VW 1200 PKW

ren ferner befuhr der erste Benzinwagen deutsche „Straßen“ in Mannheim. Das war das zweite Jubiläum, das in Frankfurt begangen wurde. Mehrere der großen, altbekannten Automobilfirmen hatten es sich anlässlich des Doppeljubiläums nicht nehmen lassen, die historische Entwicklung des Kraftwagens aufzuzeigen und eine ganze Reihe hochbetagter Wagen nach Frankfurt mitzubringen.

Unter den jüngsten Veteranen waren auch das unverwüsthliche T-Modell von Henry Ford, das Weltberühmtheit erlangte und nun hier von den modernsten Ford-Schöpfungen flankiert war, und der „Laubfrosch“ von Opel zu sehen, der in der Mitte der zwanziger Jahre von Deutschlands Straßen nicht wegzudenken war. Alle Älteren unter uns kennen ihn noch, den durchweg wohl nur in der grünen Farbe, die ihm seinen Beinamen gab, gelieferten 4/14er mit der damals vielbegehrten neuen Linie.

Wieder waren wie 1959 alle die schon bekannten Namen aus dem In- und Ausland vertreten. Drei Fabrikate allerdings fehlten. Bedauerlicherweise der gute, deutsche Name „Borgward“, als warnendes Beispiel vielleicht für andere, sich im schärfer und schärfer werdenden Konkurrenzkampf nicht zu verzetteln, dann der ostzonale „Wartburg“ und schließlich auch die Russen. Wer erinnert sich nicht noch an die 1959 überlaufenen Stände mit den sowjetischen und zonalen Wagen. Ein jeder wanderte damals hin zu den Russen sowie zu den anderen „Deutschen“, um ihre Erzeugnisse kennenzulernen. Ihr diesmaliges Fernbleiben wird aus der politischen Entwicklung leicht verständlich.

Was nun gab es auf unserem Stand zu sehen,

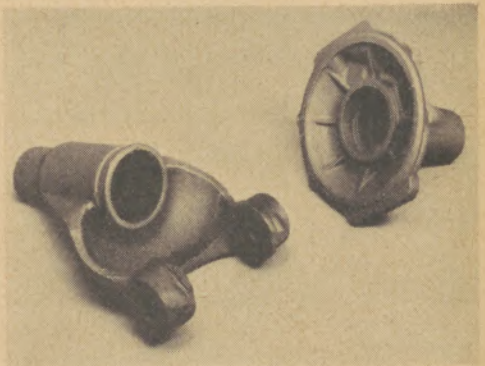
der wie immer in Halle 3 an alter Stelle errichtet worden war. Die BSI hatte Neues zu zeigen. Neben unseren Trilex-Rädern, Naben, Bremstrommeln, Achsbrücken und anderen altbekannten Teilen für den Kraftwagenbau aus Elektro-Stahlguß sowie einer Reihe weiterer Kraftfahrzeugteile aus weißem Temperguß bzw. dem schweißbaren Sondertemperguß „SIUS“ waren erstmalig BSI-Scheibenbremsen für die Vorder- und Hinterachse schwerer Nutzfahrzeuge in Verbindung mit Trilex-Rädern ausgestellt, reine Neukonstruktionen, die außergewöhnliches Interesse erregten und sich noch zu bewähren haben werden. Die zahlreichen von den Herren der Standbesetzung gemachten Notizen beweisen, wieviele Fachleute nähere Auskunft begehrten und mit welcher Ein-



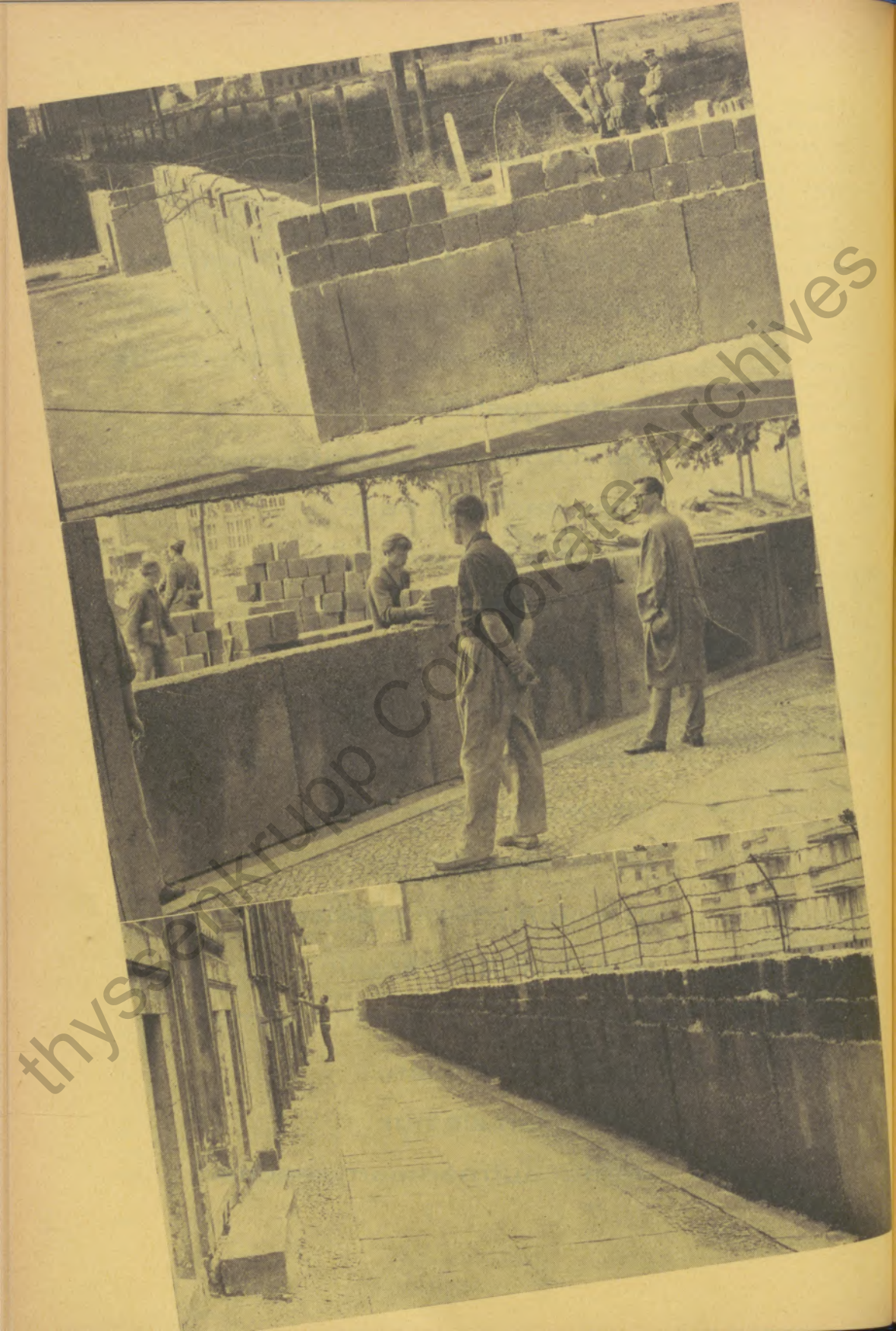
Mercedes 300 SE mit neuer Karosserie

dringlichkeit gefragt wurde. Dieser neuen Nutzfahrzeug-Scheibenbremse nahm sich auch die Fachzeitschrift „Lastauto und Omnibus“ näher an und stellte u. a. fest:

Teile aus Sius für Hinterachse für Mercedes vom 180er bis 300er



lesen sie bitte lieber leser
auch diesmal wieder
die nächsten gelben seiten
es wird nämlich der tag kommen
und er ist nicht mehr so sehr fern
an dem wir alle vor entscheidende
fragen gestellt werden
dann können sie nicht sagen
mein name ist hase
ich weiß von nichts
ihr eigenes schicksal
und das ihrer familie
wird auch von ihnen
eine klare antwort verlangen
ob sie weiterhin frei
als ihr eigener herr
in einem freien staatswesen leben
oder sich den fesseln
eines diktatorischen regimes
ausliefern wollen
wir wollen sie nur
darauf aufmerksam machen



Die Entscheidung rückt näher

Im Dezember 1958, anlässlich des Ultimatums der Sowjets, Berlin kassieren zu wollen, war in unserer Werkszeitung der schicksalschwere Satz zu lesen: „... wenn sich Leben und Bestand unseres Volkes in unmittelbarer Gefahr befinden, kann und darf auch diese Zeitschrift nicht schweigen“. Jetzt, seitdem es wirklich hart auf hart geht, haben wir versucht, unsere Werksangehörigen wiederum nüchtern und sachlich über die bedrohliche Lage zu informieren, in der wir schweben, über die sich in den vergangenen Jahren und Monaten kaum jemand Gedanken gemacht hat, weil es uns so gut, zu gut ging und geht, und nun sich überall eine große Enttäuschung ausbreiten wird, weil es ganz anders kommt als die meisten fälschlicherweise immer noch glauben.

Wir haben uns natürlich vorher gefragt, ob wir wieder eine allgemeinpolitische Aufklärung in unserer Werkszeitung bringen sollen, und sind zu dem Entschluß gekommen, daß wir dies sogar tun müssen.

Wenn nämlich eine Werkszeitung in der jetzigen Situation aus welchen Gründen auch immer nicht gewillt oder nicht fähig ist, in der Stunde der größten Gefahr für jeden einzelnen und das ganze Volk, für ihr Unternehmen und seine Belegschaft im Sinne der Erhaltung der demokratischen Freiheit, der freiheitlichen Gesellschaftsordnung und der persönlichen Freiheit aufklärend zu wirken, dann hat sie ihren Zweck verfehlt.

Nichts dagegen, wenn die Werkszeitungen in Zeiten schönster und friedlichster Wirtschaftswunderlichkeit — jede so gut wie sie es kann — in „Familie“ machen, obwohl auch das nicht der Sinn einer modernen Werkszeitung ist.

Wenn aber die Werkszeitung vergißt, die Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft zu tragen auch und gerade in einer Zeit, in der das Damoklesschwert der Zerstörung unserer demokratischen Verfassung über uns schwebt und der Vergewaltigung von 20 Millionen Menschen jetzt und weiterer Millionen später, zu denen auch wir gehören —

und nicht darzulegen wagt, daß diese „Familie“ doch nur existieren kann in einer festgefügtten Demokratie, deren Grundlage die Freiheit ist —

und nichts tut, um diese Freiheit zu erhalten, dann ist schwer zu sagen, welches der Sinn einer Werkszeitung heute sein soll; denn nur von Werksfamilie, Betriebstreue, Werksverbundenheit, Betriebsfesten zu sprechen und wie schön es im Betrieb ist, wenn die Unterminierung des Staatsgefüges und jeder Werkgemeinschaft mit dem Ziel ihrer Liquidierung droht, ist wohl reichlich unrealistisch;

aber das Verständnis für die Demokratie und ihre geistige Verteidigung zu wecken, in der doch erst Werkgemeinschaft, Werkstreue, und -verbundenheit, Arbeitsfreude, Kollegialität und Zusammenarbeit zum Wohle aller auf der Grundlage freier Entscheidung blühen und gedeihen können, das ist die Forderung und Notwendigkeit nicht nur erst dieser Stunde.

Vor Jahren bereits sind anlässlich einer Tagung in Berlin den deutschen Werkszeitungsredakteuren — von denen allerdings die wenigsten Berufsjournalisten sind — von der Tagespresse die Vorwürfe gemacht worden, daß sie ihre Belegschaften zwar mehr oder weniger gut unterhalten, sie aber als Staatsbürger einer so jungen Demokratie niemals ansprechen und sich nicht trauten, die sogenannten „heißen Eisen“ anzufassen. Den letzteren Vorwurf brauchte „der Schmelztiegel“ nicht einzustecken, weil er bis jetzt vor keinem „heißen Eisen“ zurückgeschreckt ist.

Wie recht aber die Kollegen von der Tagespresse mit dem Vorwurf der Vernachlässigung staatspolitischer Bildungsarbeit hatten, erweist sich geradezu in erschreckender Weise, nachdem auch jetzt noch kaum eine Werkszeitung ihrer Belegschaft über die augenblicklich uns so bedrückenden Schicksalsfragen etwas zu sagen hat, zumal es feststeht, daß die Werkszeitungen intensiver gelesen werden als jegliche anderen Presseorgane.

Herausgeber und Redaktion des „Schmelztiegel“ haben diesen Vorwurf überlegt und dann beherzigt und immer wieder auch durch staatsbürgerkundliche und wirtschaftspolitische Artikel unsere Belegschaft auch für die größeren Zusammenhänge in unserer Demokratie und Wirtschaft interessiert und darüber informiert.

Die politischen Tagesfragen aber haben wir bewußt der Tagespresse überlassen, in der Überzeugung, daß diese und vor allem auch andere zuständige Stellen mehr Möglichkeiten und mehr Geld haben, eine intensive politische Bildungsarbeit durchzuführen, ganz abgesehen davon, daß unsere Redaktion nicht über so viele Informationsmöglichkeiten verfügt noch verfügen kann, die notwendig wären, und wir überdies genug innerbetriebliche Sorgen hatten, mit denen wir fertigwerden mußten.

Vielleicht war diese Schlußfolgerung falsch, an der man zweifelt, angesichts der geradezu sträflichen und selbstmörderischen Ahnungslosigkeit und Gleichgültigkeit der Bundesbürger und der nicht nur äußeren sondern auch inneren Bedrohung, der wir ausgesetzt sind.

Im Dezember 1958 kam uns eindeutig zum Bewußtsein, daß wir nicht länger schweigen dürfen;

denn nun ging es nicht mehr um Tagesfragen parteipolitischer oder innenpolitischer Art, sondern um eine Schicksalsfrage ungeheuren Ausmaßes, die an jeden einzelnen mit zunehmender Schärfe und Dringlichkeit gestellt wird. Die Belegschaft hat ein Recht darauf, auch in dieser Beziehung aufgeklärt zu werden, und wir haben die Pflicht, sie im Rahmen dieser Notwendigkeit aufzuklären;

denn es geht um nichts anderes als um unsere persönliche Freiheit, um unsere freie Existenz als Mensch, als Arbeiter, als Angestellter, um unsere Freiheit als bewußt lebende Wesen in der freien Entfaltungs- und Bewegungsmöglichkeit in der demokratischen Staatsform, niemandem als uns selbst und dieser unserer Freiheit verbunden, verpflichtet und verantwortlich.

Deshalb ist diese allgemeinpolitische Aufklärung kein innerer, sondern (durch die gelbe Einlage) ein äußerer Bestandteil unserer Werkszeitung, der nur den einen Zweck hat, Gefahr und Bedrohung für uns und unser Volk allen und jedem einzelnen vor Augen zu führen.

Es soll, wenn — was das Schicksal verhüten möge — die deutschen Augen nicht gesehen und die deutschen Ohren nicht gehört haben, weil sie nicht sehen und nicht hören wollten, niemand sagen können: das haben wir nicht gewußt — so haben wir es uns nicht

vorgestellt — warum habt ihr uns nicht aufgeklärt?

Es gibt nämlich heute für diese „Unkenntnis“ keine Entschuldigung mehr. Die Vergangenheit hat uns eine Lehre erteilt, wie sie noch keinem Volke erteilt worden ist. Wir müssen jetzt wissen, was wir zu tun und zu lassen haben — und das erwartet die ganze Welt von uns. Diejenigen aber, die es immer noch nicht wissen — und das sind leider die meisten —, soll diese unsere gelbe Einlage zum Nachdenken anregen, soll in ihnen eine Entscheidung reifen lassen, die so oder so von uns allen verlangt werden wird. Wenn wir aber nicht sehen und nicht hören und die Konsequenzen daraus nicht ziehen wollen, dann wird es eines Tages aus sein mit unserer Freiheit.

Oder glaubt noch jemand, die Menschen aus der Ostzone wären aus dem „Paradies der Arbeiter und Bauern“ geflohen, weil es ihnen dort so gut ging und sie so frei waren? — und diejenigen, die dieses „Paradies“ so loben und preisen, blieben hier, weil es ihnen bei uns so schlecht geht und sie geknechtet werden?

Dies klarzustellen ist in unserer Lage wohl notwendig. Unsere Werksangehörigen sollen nicht sagen, daß wir sie im Stich gelassen und ihnen alles das, was jetzt geschieht und mit uns zu geschehen droht, nicht gesagt und vorgeführt hätten, wenn eines Tages mit uns geschieht, was mit so brutaler Eindeutigkeit und Schamlosigkeit mit Ostberlin geschehen ist, wenn wir weiterhin so fest und ruhig schlafen wie bisher und weiterhin so sorglos Kirmes, Oktoberfest und Karneval feiern, statt uns klarzumachen, was auf dem Spiele steht, und uns zu wappnen, damit wir nicht überfahren werden.

Die Bundespressekonferenz, in der jene Journalisten des In- und Auslandes vereinigt sind, die ihre Zeitungen in Bonn vertreten, haben den diesjährigen Bundespresseball abgesagt auf Grund des politischen Notstandes, in dem sich das deutsche Volk befindet, und

Sebastian Hafner, der hochangesehene Berlin-Korrespondent der englischen Zeitung „Observer“ hat seine Stellung bei ihr gekündigt, weil sie seine Berichte über die Berlin-Ereignisse auf die „weiche Welle“ gelegt hatte.

Aus einem Brief aus der Schweiz:

„Ein Lichtblick ist die gesunde Reaktion der schweizerischen Arbeitnehmerorganisationen auf die jüngsten weltpolitischen Ereignisse. Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband, die größte Gewerkschaft des Landes, sowie der Landesverband Freier Schweizer Arbeiter haben Schriftenreihen herausgegeben zur Aufklärung ihrer Mitglieder und der Öffentlichkeit über die kommunistische Theorie und Praxis.

Die Auseinandersetzung um das Ostgeschäft ist in letzter Zeit besonders stark in die Öffentlichkeit getragen worden. Eine Lokalzeitung hat sich der Sache angenommen und eine weltbekannte Firma in schonungsloser

nicht gerade ideal, aber es bleibe heute keine andere Wahl, um die verblendeten Geschäftemacher, die nicht wissen, was es geschlagen hat, zur Vernunft zu bringen.

Auf einem anderen Wege versucht der Schweizerische Aufklärungsdienst die florierenden Ostgeschäfte zu unterbinden, nämlich durch einen Appell an die Konsumenten. Durch den Verzicht auf den Kauf von Ostwaren sollen die Einfuhren aus den kommunistischen Ländern gestoppt werden. Dadurch fehlen den Ostblockstaaten die notwendigen Einnahmen, um die Importe aus den westlichen Ländern zu bezahlen.“

Anzeige aus „Die Weltwoche“, Schweiz

GROSSAUSSTELLUNG DER MODELLE 1962

Besuch frei und unverbindlich wie an einer Mustermesse

RADIO-FERNSEH-FOTO-MARKT-ESCHENMOSER

Erstes Discount-Haus (Rabatthaus) der Schweiz! D. h. weltbeste Markenartikel mit hohen Rabatten! 1 Jahr Vollgarantie. – 70 000 zufriedene Kunden!

Unkostenbeitrag für auswärtige Käufer. Kataloge gratis.

Zürich: Birmensdorferstraße 190, Telefon (051) 35 27 43 / 33 03 97
Samstags durchgehend geöffnet.

Bern: Brunnhofweg 47 (mit Tram 5 direkt vors Haus)
Telefon (031) 42 52 22

Noch wichtiger!

Osthandels-Jahresumsatz (Ein- und Ausfuhr) der freien Welt mit dem Ostblock 36 Milliarden Fr. Die Schweiz ist etwa mit 600 Millionen «gut vertreten». Warum? Weil dort, wo das Geschäft und die Profitmacherei anfängt, die gutgemeinte Politik aufhört.

Alle wirtschaftlichen, sportlichen und sogenannten kulturellen Beziehungen mit dem Ostblock, die nun erfolglos 40 Jahre andauern, sind augenblicklich abzubauen.

Haben Sie bessere Vorschläge? Wir selbst treiben keinen Osthandel und empfehlen konsequent Gemeinschaftsarbeit mit der freien Welt.

Weise bloßgestellt. Die offiziellen Entgegnungen der Geschäftsleitung wurden als schwach und matt empfunden und wirkten nicht überzeugend. Die osthandelssüchtige Firma machte bei dieser Auseinandersetzung eine ziemlich unglückliche Figur. Verschiedene Arbeiter und Angestellte haben auch bereits ihre Kündigung eingereicht mit der Begründung, daß sie nicht in einer Firma arbeiten wollten, die Ostgeschäfte tätige und damit das wirtschaftliche Potential des Ostblocks auf Kosten der westlichen Welt stärke. Dem Unternehmen dürften in der Folge auf dem Arbeitsmarkt noch mancherlei Schwierigkeiten erwachsen, denn von einem freisinnigen Unternehmer wurde in der Presse ein Appell an die Arbeitnehmer erlassen, durch Arbeitsniederlegungen die Arbeitgeber zu zwingen, auf Ostgeschäfte zu verzichten. Dieses Vorgehen, so sagte er, sei zwar

„Rheinische Post“, Kaiserslautern, 20. Oktober (dpa). Die politisch ernste Lage werde die deutschen Karnevalisten nicht hindern, während der närrischen Zeit im Volk „den Griesgram auszumerzen“. Auch die Menschen in der Narrenkappe vergäßen ihre Schwestern und Brüder in der Sowjetzone nicht. Es sei aber sinnlos, jetzt auch noch den Kopf hängen zu lassen. Diese Ansicht vertrat am Freitag der Präsident des „Bundes Deutscher Karneval“, Thomas Lissem (Köln), in Kaiserslautern, wo sich bis zum Sonntagabend die „Größten Narren“ zu einer Präsidialsitzung treffen. Dem „Bund Deutscher Karneval“ gehören 919 Narren-Vereine an.“

Lenin hat einmal von den „unnützen Idioten“ gesprochen, die weder Fisch noch Fleisch, aber seine besten Helfer sind.

Herbert Goretzki



Hören Sie gern Vico Torriani?

Oder lesen Sie abends lieber Illustrierte?

Überhaupt: was machen Sie abends, wenn Sie Ihre freie Zeit haben? Haben Sie keine Angst: dies ist kein Test und kein Quiz, um Ihre Charaktereigenschaften festzustellen oder Sie sonst auf irgend-etwas festzunageln.

Im Gegenteil: festnageln wollen Sie ganz andere Leute.

Wie - das glauben Sie nicht?

Dann waren Sie vielleicht noch nie zu Besuch bei Verwandten oder Freunden in der „Zone“, in der sowjetischen Kolonie, die sich „Deutsche Demokratische Republik“ nennt.

Fahren Sie doch mal hin! Dann finden Sie die „Freiheit“. Dort nimmt man Ihnen die Qual der Wahl ab. Sowohl die Qual der Wahl einer Partei (denn es gibt ja nur die Einheitspartei), als auch die Wahl, wie Sie arbeiten, wo Sie arbeiten, wie Sie Ihre freie Zeit verbringen.

Am 1. Juli 1961 ist das neue Arbeitsgesetzbuch der Sowjetzone in kraft getreten. Danach können Sie zwangsweise überallhin zur Arbeit geschickt werden; zwangsweise, also auch, wenn Sie gar nicht wollen.

Sie haben — gesetzlich bestimmt — wöchentlich nur einen Ruhetag. Also die Sechstageswoche.

Sie haben — gesetzlich bestimmt — nicht mehr als zwölf Tage Urlaub im Jahr.

Sie dürfen nicht streiken. Sie müssen Ihr „Soll“ erfüllen. Sie sind verantwortlich für jedes Stück Ausschuß an Ihrem Arbeitsplatz. Die Anklage wegen „Sabotage“ sitzt locker.

Sie müssen — Sie sollen — Sie dürfen nicht . . .

Nein, auch sonst dürfen Sie nicht: zB Ihre freie Zeit selbst einteilen. Denn abends ist „Schulungskurs“ oder „Hausversammlung“ oder „Blockunterricht“ — oder es kommt ungebeten ein Funktionär zu Ihnen ins Haus, um Sie über die deutsch-sowjetische Freundschaft zu belehren, oder um Sie zu rüffeln, daß Sie so oft bei den Schulungsabenden fehlen, oder — oder — oder —

Denken Sie mal eine Minute nach —

— und dann „viel Vergnügen“ heute abend. Mit Vico Torriani. Mit Ihrer Illustrierten. Oder mit was Sie sonst wollen.

Denn hier sind Sie ein freier Mensch!



Wir müssen etwas tun Was können wir tun

Sowjetische Panzer hinter der Sektorengrenze, amerikanische Panzer in Bereitstellung – das ist das Bild, das die Lage in Berlin in diesen Tagen kennzeichnet.

Man hört nun leider allzuoft den Gedanken laut werden: Was können wir Bundesbürger schon zur außenpolitischen Situation tun? Man ist der Meinung, sie sei eine Angelegenheit der beiden Großmächte Amerika und Sowjetrußland und hofft, daß die Stärke des westlichen Bündnispaktes die UdSSR an den Verhandlungstisch zwingen wird.

Man glaubt also, der einzelne Bürger habe gar keinen Einfluß. Dabei lassen die Menschen einen gewichtigen Faktor immer außer Betracht: die öffentliche Meinung. Meinungsbildung ist das Gegenteil der Propaganda, die sich mit Schlagworten an die Massen wendet. Wir erinnern uns der Schlagworte „Butter oder Kanonen“ aus der bewältigten Vergangenheit noch sehr gut.

Meinungsbildung basiert auf Realitäten und wendet sich an den Verstand. Im Gegensatz zur Propaganda, von oben gesteuert, wurzelt die Meinungsbildung in den Gedanken, die sich der einzelne über die Realitäten des Lebens, auch des politischen Lebens, macht. Diese Gedanken können zu einem bewegenden Faktor der Politik werden.

Machtvolle Organe der Meinungsbildung und -formung sind Presse, Rundfunk und Fernsehen. Durch die Darstellung und Analyse-

rung der Probleme und durch die Erkenntnis der großen Zusammenhänge in Politik und Wirtschaft tragen namhafte Publizisten, wie Sebastian Hafner, Hans Zehrer und Peter von Zahn, um nur einige zu nennen, viel zur Meinungsbildung bei. Wir wissen aber auch, welche negativen Einflüsse heute wieder die sogenannte „literarische Opposition“ genau so ausübt, wie sie es in der Weimarer Republik getan hat.

Hier muß bei jedem einzelnen Staatsbürger das kritische Denken einsetzen. Damit ist eigentlich schon die Frage, was kann der einzelne tun, beantwortet.

Das Denken kann nicht einmal eine Diktatur verbieten. Wir leben aber in einer Demokratie, in der die freie Meinungsäußerung im Grundgesetz verankert ist. Wir haben das Recht, unseren Gedanken, auch zu der Frage Berlin und den anderen großen deutschen Fragen, Ausdruck zu geben. Das kann auf manche Weise und überall geschehen. In der Unterhaltung mit unseren Mitmenschen, in den großen Organisationen und Parteien, auf der Reise sowie in den eigenen vier Wänden.

Die Menschen geben ihrer Meinung zwar Ausdruck, täglich, stündlich, augenblicklich, sofern es sich um ihren persönlichen Bereich handelt, um die Dinge ihrer Familie, ihrer Arbeit und Lebenshaltung, ihres Hobbys – und sie reden nicht nur, sie wissen sich auch mit

ihrer Meinung durchzusetzen und zu überzeugen. Das ist recht so; aber ist es bei einiger Überlegung nicht geradezu unverständlich, daß die meisten, wenn das Gespräch auf die großen Fragen der Nation kommt, die heute jeden Menschen beschäftigten müssen, nur resigniert meinen: Ja, Berlin, Sowjetzone, Oder-Neiße-Linie, alles maßlos traurig, aber der einzelne kann ja doch nichts machen. — Der einzelne braucht nichts weiter zu machen, als zur Meinungsbildung beizutragen. Das kann sehr viel sein. Bedarf es da der Beispiele?

Die westlichen ehemaligen Kolonialmächte haben in den letzten Jahren 16 abhängigen Völkern die Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht gegeben. Selbst Rußland spricht von Selbstbestimmung, wenn die Machthaber der Sowjetzone die Bevölkerung versklaven. Rund 17 Millionen deutsche Menschen in der DDR und in Ost-Berlin dürfen ihre freie Meinung nicht äußern, wenn sie sich nicht Gefängnis- und Zuchthausstrafen aussetzen wollen. Von den Deutschen in den Ostgebieten hinter der Oder-Neiße-Linie spricht man nicht mehr viel.

Wo bleibt der Massenprotest der Bevölkerung der Bundesrepublik gegen das schreiende Unrecht? Wo bleiben die hunderttausend Briefe des Protestes und der Empörung, daß man den Deutschen Mitteldeutschlands das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, das heute jedem farbigen Volk als Selbstverständlichkeit gewährt wird? Sie bleiben ungeschrieben! Müßten wir nicht alle zur Feder greifen und unsere Proteste zu Papier bringen?

Wir verlangen viel von den andern! Wir verlangen, daß unsere Freunde der freien Welt in Berlin hart bleiben; wir verlangen die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit; wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht und freie Wahlen in Mitteldeutschland; wir verlangen, und mit Recht, daß sich die neue Bundesregierung für diese großen Ziele einsetzt. Aber wir alle bringen es nicht fertig, Bonn und unsere Natofreunde mit unserer Meinung, mit Briefen zu überschütten.

Wo bleibt denn die Meinungsbildung, die von

unten kommen muß? Man sage nicht, die öffentliche Meinung werde nicht respektiert. Ich möchte einmal den Abgeordneten oder Minister sehen, der sich über einen Waschkorb, voll von Briefen seiner Wähler, hinwegsetzt. Sagen wir doch nicht: wir wählen und dann haben wir wieder vier Jahre Ruhe. Genauso, wie die Bundestagswahl den Willen der Wähler zum Ausdruck brachte, genauso braucht der Abgeordnete immer wieder die Stütze seiner Wähler durch Anregungen und Forderungen.

Wird von uns hier nicht viel zu wenig getan? Was können wir tun? Können wir nicht mal daran denken, welch' dankbares Gefühl der Verbundenheit die Menschen in Mitteldeutschland haben, wenn sie zu Weihnachten ein mit Liebe und Sorgfalt hergerichtetes Päckchen erhalten? An Anschriften mangelt es doch nicht.

Ich saß dieser Tage im Interzonenzug und kam mit einem iranischen Geologiestudenten ins Gespräch, der nach Berlin wollte, um sich durch Augenschein zu überzeugen, daß es so etwas gibt, daß eine Mauer eine Stadt in zwei Teile zerreißt. Er sei von dem Arbeits-eifer der Menschen in der Bundesrepublik sehr angetan, er könne nur eines nicht begreifen, wie schnell sich in Bonn, seiner Universitätsstadt, die Menschen nach den Ereignissen des 13. August wieder beruhigt hätten und wie das Leben weitergehe, als wäre nichts geschehen. Das war die Meinung eines deutschfreundlichen Gaststudenten. Kann uns die Welt von außen überhaupt anders sehen? Der Iraner war schwer davon zu überzeugen, daß wir durchaus nicht so beruhigt sind, wie es von seiner Warte aus scheint.

Diese Gedanken sollten nur mal darauf hinweisen, daß auch der einzelne etwas tun kann: Meinungsbildung, sich eine Meinung bilden, und, auch hier wieder eine Konsequenz, danach handeln.

Alles, was wir in dem Gedanken tun, den deutschen Menschen jenseits der Zonengrenze das Gefühl zu geben, daß Westdeutschland sich mit ihrer Situation beschäftigt, ist eine menschliche Aufgabe, der sich keiner entziehen darf. Robert Flechsig, Einkauf



Bernt Conrad
am 13. September 1961
in „Die Welt“

Angesichts des Terrors in Mitteldeutschland gibt es kein Ausweichen mehr. Wer sich bisher noch Illusionen über den Kommunismus gemacht hat, dem sollten jetzt die Augen aufgehen. So, wie heute die Menschen in der Zone behandelt werden, soll es nach den Wünschen des Ostens morgen den Westberlinern ergehen und - wenn Westberlin gefallen ist - übermorgen den Westdeutschen und schließlich ganz Europa.

Diese Realität steht auf der Tagesordnung der Welt-politik. Wer das nicht erkennt, rennt in sein eigenes Verderben, ob er nun in Berlin oder Düsseldorf sitzt.

Prof. Dr.
Ulrich Kayser-Eichberg
in „Die Welt“

Man kann aus der heutigen Situation eine Lehre ziehen, die sie unüberhörbar erteilt, gegen die sich aber der Mensch immer wehrt . . . : daß es ein Wahn ist zu glauben, man könne Lösungen für die großen Probleme der Politik finden, indem man sich ihren Forderungen entzieht. Niemand kann sich von einem Konflikt distanzieren, der alle angeht. Keiner kann den anderen abschreiben. Alles hat für alle Folgen. Denn was . . . Ernest Hemingway zum Vorspruch und Titel eines seiner Bücher machte, bleibt eine Wahrheit und gilt auch jetzt: daß kein Mensch eine Insel ist für sich selbst, daß jedes Mannes Tod uns selbst in unserem Leben vermindert, daß wir ein Teil der Menschheit sind, und daß sich daher niemals die Frage stellt, wem die Stunde schlägt — sie schlägt für Dich.

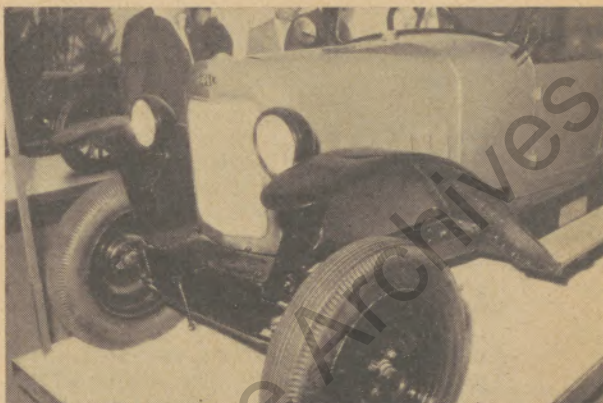
„Bei einer Reihe von neuen Personenwagen wird die Scheibenbremse bereits in der Erstausrüstung mitgeliefert, während sie in Frankfurt bei Nutzfahrzeugen noch nicht ausfindig zu machen war. Lediglich auf dem Ausstellungsstand der Bergischen Stahl-Industrie war sie in zwei Demonstrationsmodellen aufgebaut. Und hier auch noch so, daß man sie bei einem oberflächlichen Blick nicht entdecken konnte.“

Nun, zu letzterem weiß jeder, der sich bei uns auskennt, daß die Eigenart unseres IAA-Standes es kaum zuläßt, solche Brocken, wie die Bremsen es sind, besonders auffallend herauszustellen. Das aber, was „Lastauto und Omnibus“ völlig übersehen hat, war die Tatsache, daß die gleiche Bremse in ziemlicher Nähe, ebenfalls in der Halle 3, wie auf dem Präsentierteller stand, und auch der versonnenste Neuheitensucher darüber stolpern mußte. Auf dem nicht gerade kleinen Stand der Kugelfischer-Werke Ebern und München nämlich war sie exponiert aufgebaut, was wiederum seine Erklärung in der Zusammenarbeit unseres Konstruktionsbüros mit Kugelfischer, Werk Ebern, im Hinblick auf die Bremshydraulik findet. Die Bremse wurde, wie bei uns, auch dort Gegenstand häufigen Interesses. — Neben besagter Scheibenbremse gab es aber noch mehr Neues. Zum ersten Male waren auch Gehäuse aus schwarzem Temperguß ausgestellt, dessen Produktion vor kurzem in Papenberg aufgenommen worden ist. — Im übrigen sorgten Bilder aus Betrieb und Spektrallabor in den Besprechungskabinen sowie Zusammenstellzeichnungen der beiden neuen Scheibenbremsen im Empfangsraum für die weitere Unterrichtung unserer vielen Besucher.

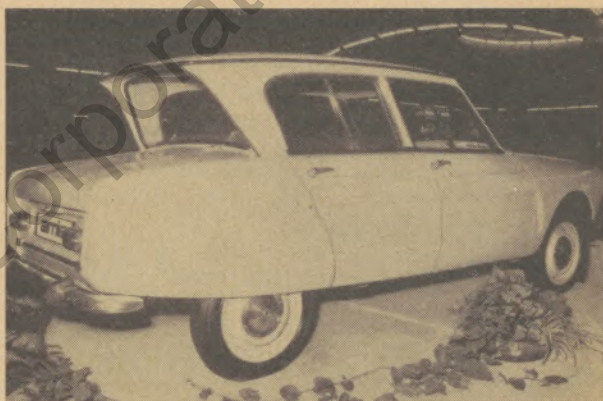
Erfreulich war es für uns, auf der IAA festzustellen, daß zahlreiche Nutzfahrzeuge mit Trilex-Rädern ausgerüstet waren. Wenn man, sozusagen vorbelastet, die Ausstellung durchwandelt, dann sieht man die Dinger auch immer gleich an den Wagen. Anzutreffen waren die Räder nicht nur in unserer Halle bzw. in der Omnibushalle-Halle 2, in welcher übrigens die sonst überall so lästige Geräuschkulisse wohlthuend fast erstarb, sondern auch an ungezählten Stellen des Freigeländes.

Wer zählt die Büssing's, Faun's, Henschel's, Krupp's oder Magirus-Wagen, die Trilex-

Räder trugen und damit am eindrucksvollsten für dieses Rad warben! — Bei GF lief zeitweise der gerade fertig gewordene farbige Trilex-Tonfilm und fand viele Zuschauer.



Opel-Laubfrosch 4/14 PS aus den 20er Jahren



Citroën „Ami 6“ in ausgefallener Karosserieform

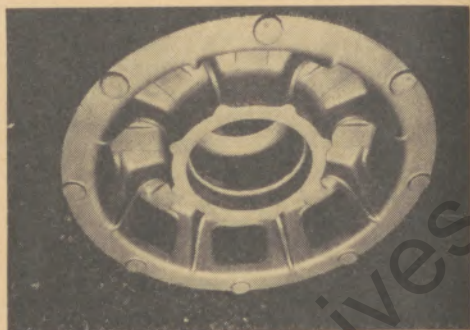


Rolls-Royce, der teuerste Wagen der Welt

Aus dem Rheinstahl-Bereich fiel der ausgezeichnet kombinierte und großräumige Hanomag-Tempo-Stand auf, der mit seinen vielen Nutzfahrzeugen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Sämtliche ausgestellten Fahrzeuge wurden unter gleichem Werbeslogan deklariert. Für die Hannoveraner: Hanomag = zuverlässig, für Vidal & Sohn: Auf Tempo ist Verlaß. — Ferner zeigte Ruhrstahl, Brackwede, eine Reihe von Preßteilen sowie Zieh- und Stanzwerkzeuge.

Verlassen wir nun den Familienkreis und begeben uns kurz zu den PKW's, denen wie stets und auf allen Autosalons der Welt das Hauptinteresse gehört.

Gespannt war natürlich alles darauf, den neuen Volkswagen endlich einmal in leibhafter Gestalt, nicht nur im Bilde wie bisher, zu sehen und genau zu untersuchen. Dazu bot sich in Frankfurt allerbeste Gelegenheit. Mit eigener Karosserie stand der große VW-Typ 1500 zur Schau und erfreute durch seine nüchtern-sachliche Form, die der Mode kaum etwas konzedierte. Kofferraum, einst das Problem beim Heckmotor-Wagen, ist nun genügend vorhanden und zwar gleich an zwei Stellen, hinten und vorn mit zusammen fast 0,4 cbm. Überhaupt ist alles geräumiger geworden. — Auch im wunderhübschen Kar-



Vorder- und Hinterrad-Naben aus Temperguß für Henschel-LKW

mann-Kleid war der große VW zu besichtigen, nicht zurückstehend hinter der so gut-bekannten Karmann-Ghia-Ausführung des kleinen VW. Daß auch der VW-Neuling reißenden Absatz finden wird, darum braucht man nicht zu bangen; denn beim Volkswagenwerk wurde mit der Neuschöpfung nur dem immer stärker werdenden Ruf nach einem Wagen der Mittelklasse gefolgt, einer Forderung, die nicht zuletzt aus den eigenen Kundenreihen kam.

Ein weiteres Glanzstück in der 1,5-Liter-Größenordnung — auf diese 1500er konzentrierte

LKW der Henschelwerke GmbH, Kassel

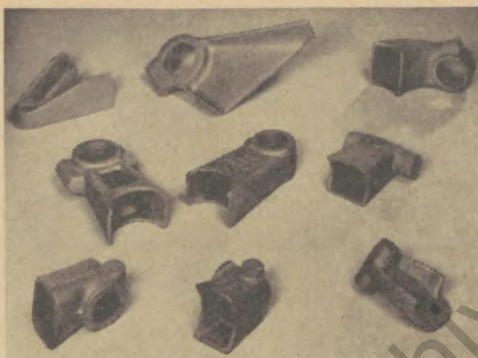




Trilux-Rad für LKW Faun

sich zweifellos das Hauptinteresse — war auf dem Stand der Bayerischen Motorenwerke der funkelneue und besonders schmuckgeratene BMW 1500, der helle Freude auslöste, vorerst aber noch nicht lieferbar ist. Während im allgemeinen vom August 1962 als wahrscheinlichem Beginn der Auslieferung gesprochen wurde, meldeten sich auch optimistische Stimmen, die ihre Hoffnung auf das Frühjahr 1962 setzten. Die Verwaltung erklärte hierzu auf der erst kürzlich stattgefundenen Hauptversammlung der Gesellschaft, daß äußerste Anstrengungen unter-

LKW der Faunwerke Nürnberg



Sius-Teile für „Matador“

nommen würden, um den Wagen zwar „zum ehesten Zeitpunkt“ auf den Markt zu bringen, jedoch unter Wahrung aller erforderlichen Sorgfalt bei den Vorbereitungen. Vorläufiger Richtpreis: 8500 DM. Neben diesem vielgewürdigten Modell 1500 waren alle anderen Typen des Programms aufgeföhren, unter denen wiederum der schon bewährte BMW 700 eine besondere Stellung einnimmt. Er darf mit Fug und Recht als dasjenige wohlgelungene Modell gelten, welches sich auch von der Verkaufsseite her als tadelloser Wurf erwies und damit vor gar nicht langer Zeit der Firma in besonderem Maße aus der Ratsche half.

Einfach bildschön wirkten bei der Auto-Union ein 1000 S-Roadster und ein Sport-Coupé des gleichen Typs, beide mit Spezialkarosserien von erlesenem Geschmack. Allerdings kosten solche Extra-Kutschen dann schon fast 11 000 DM.

Ford's Stromform-Taunus mit der „Linie der Vernunft“ hat sich bereits durchgesetzt und

„Matador“ der Tempowerke Vidal & Sohn



fällt im Straßenbild mehr und mehr auf, speziell in den ganz hellen Ausführungen, den wirkungsvollen pastellweißen, perlgrauen und gold-beigen Wagen. Mit einer Neuheit erschien Ford zudem auf dem Messegelände: Taunus 17 MTS ist sein Name, und sein Äußeres wie Inneres sind die sportliche Version des Stromform-Wagens.

Herrliche Fahrzeuge bei Mercedes-Benz sind der 330er SE und 300er Automatic als Roadster bzw. Limousine, ferner der 220er SE als Coupé. Traumwagen eben und für höchste Ansprüche geschaffen.

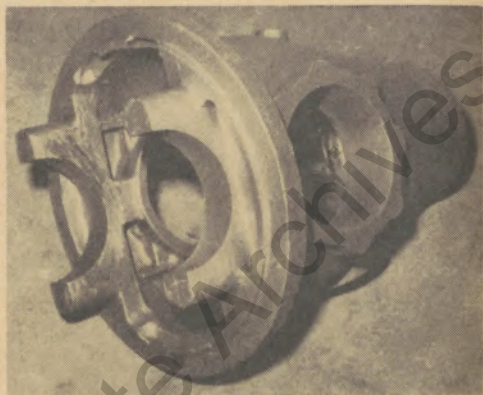
Wirft man einen Blick auf die schnittigen, sportlichen Italiener, deren Preisskala etwa von 12 000 DM bis nahe 60 000 DM reicht, weiß man nicht mehr, welchen man als den schönsten ansehen soll. So verwirrend sind die starken Eindrücke, die von den vielen Ferrari's, Maserati's, Alfa-Romeo's, Lancia's, Abarth's und wie sie alle heißen, ausgehen. Klassewagen sind's und Italien kann stolz sein auf seine Auto-Industrie.

Ständig umlagert war in Frankfurt eine französische Novität, der neue Frontantriebswagen Renault 4, den Renault selbst als den Wagen „ohne Beispiel für die Welt von morgen“ bezeichnet. Er ist ganz in der Richtung völliger Wartungsfreiheit, d. h. also, auf extreme Anspruchslosigkeit gebaut, was gerade in der Zukunft aus verschiedenen Gründen von Wichtigkeit sein und Renault voraussichtlich ein großes Geschäft sichern wird. Viel Innenraum, 4 Türen und eine rückwärtige Klapptür sind weitere Vorzüge unter vielen anderen.

Ein zweiter Franzose, der auffiel, weil er äußerlich für unsere Begriffe recht sonderbar aussah, war der neue „Ami 6“ von Citroën. Der eigenartige Eindruck rührt speziell vom spitz und hoch auslaufenden Wagendach her. Es mag dahingestellt bleiben, ob der aus der Wagendachkonstruktion resultierende merkwürdige, aber recht geräumige Wagenfond modische Gründe hat oder für Herren mit Zylinder ausersehen ist.

Das Hinüberwechseln vom PKW-Sektor in das Gebiet der Nutzfahrzeuge gleicht dem Verlassen einer Traumwelt und der Rückkehr in die raue Wirklichkeit, die nur luxusfreie Objekte voll ruhiger, kühler Sachlichkeit, reiner Zweckmäßigkeit und entsprechender Linienführung wahrnehmen läßt.

Gewaltigen Muldenkippern, Zugmaschinen, Sonderfahrzeugen begegnet man auf dem Rundgang durch das Reich der Landstraßen-Riesen. Bei Faun und bei Kaelble standen sie, diese Erzeugnisse, in deren Nähe man



Hinterachsgehäuse für Krupp-LKW



Trillex-Rad für Krupp-LKW



LKW der Friedr. Krupp, Essen

sich zwergenhaft vorkommt. Die Schilder an den deutschen Großfahrzeugen nennen hohe Eigengewichte und enorme Tragfähigkeiten, die einen unwillkürlich Vergleiche mit dem Sahara-Riesen von Berliet auf der letzten Frankfurter Autoausstellung ziehen ließen.

Ein besonders hübsches, erfreuliches und beeindruckendes Bild bot sich in Halle 3 auf den unmittelbar benachbarten Ständen von Henschel (-Saviem) und Saviem (-Henschel) zu beiden Seiten des Durchgangs. Hier war recht überzeugend ein Schritt in die europäische Zukunft getan und das große Ziel der französisch-deutschen Firmengemeinschaft stark herausgestellt worden. Die beiden Unternehmen sind entschlossen, zusammen zu marschieren, und das Ziel heißt: Gemeinsame Entwicklung, gemeinsames Programm und Fertigung, weltweiter Vertrieb und Service. Bis 1965 soll es erreicht sein. Durch eine symbolische Lichtwerbung wurde dem Besucher angedeutet, daß auf beiden Seiten bereits die Pfeiler für den Brückenschlag gelegt worden sind. Jetzt schon wurde eine neue Linie im LKW-Bau propagiert, die der deutsche Partner unter Henschel-Saviem-Renault vorstellte. Saviem gehört zur Renault-Gruppe.

Auf dem Omnibus-Sektor waren unter manch Auffälligem interessante 1½-Deck-Konstruktionen festzustellen, die sich gerade in den Großstädten immer mehr einführen. Der Zwang, der durch die in so unerhörtem Tempo vorstoßende Motorisierung ausgelöst wird, insbesondere im starkbelasteten innerstädtischen Verkehr den Fahrgastandrang auf mehrere Ebenen zu verteilen, hat die schnelle Entwicklung von raumsparenden 1½-Deck-Linienbussen sehr gefördert, die sich vieler Vorzüge rühmen dürfen. Daß auch diese Wagen häufig mit Speichenrädern unserer Produktion laufen, sei nur nebenbei bemerkt.

Den Schlußstrich schleunigst zu ziehen, gebietet schon Struppi mit erhobener Pfote. Doch halt! Ein Fahrzeug unter den PKW's hätte ich über all den anderen Wagen, die eben für so viele, viele Menschen auf Erden und für noch so begeisterte Besucher der Automobilausstellung immer nur ein Traum bleiben werden, fast vergessen. Es ist der teuerste Personenkraftwagen der Welt, den jeder dem Namen nach kennt und dessen Namen auch in der Unterhaltung nicht sel-



Hinterachsgehäuse für Büssing

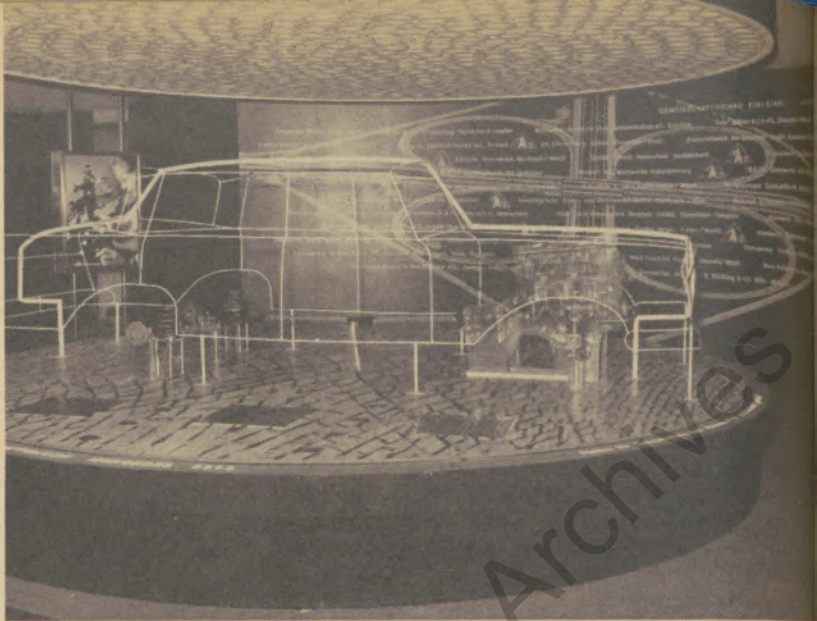


Omnibus der Büssing-Automobilwerke AG Braunschweig



Rhein Stahl-Hanomag mit einem eindrucksvollen Nutzfahrzeug

Gemeinschaftsschau
Edelstahl



ten auftaucht, den selten aber, so merkwürdig dies auch klingen mag, einer in natura zu sehen bekommen hat, es sei denn, beim Besuch einer Ausstellung: Rolls-Royce heißt er und kostet — —, ja, das gehört eben zu den wohlgehüteten, kostbaren Geheimnissen der britischen Traumwagenfirma. Praktisch nichts erfährt man über die demonstrierten Modelle „Phantom 1962“ und „Silver-Cloud 1962“ am Stand. Bleibt man hartnäckig im Fragen nach dem Preis, so wird einem bedeutet, daß dies doch in erheblichem Maße von der besonderen Ausstattung jedes einzelnen Fahrzeugs abhinge. Läßt man auch dann nicht locker, so hört man schließlich, daß ein Kauflustiger ganz unverbindlich zu-

nächst so um die 100 000 DM ansetzen möge. Das wäre rund dreimal so viel, wie man für den teuersten, schwarzen Cadillac anlegen muß, der die IAA zielt. — Es soll auch ein paar RR's in der Bundesrepublik geben; in Remscheid jedenfalls habe ich noch keinen entdeckt. — Über die Zahl seiner PS bekommt man ebenfalls keine Auskunft. Es wird erwidert, er habe genug davon. Nicht übertrieben modern ist dieser Wagen, eher traditionswährend, konservativ, aber jedes Teil daran, und das ist das Besondere, von höchster Qualität und mit höchster Sorgfalt montiert. Und sehen Sie, deswegen habe ich ihn mir schließlich auch gekauft, den Rolls-Royce — — allerdings — nur im Traum.



Blick in
die Halle 1a

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle

Am 1. 8. 1961 trat das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle in kraft.

Durch dieses Gesetz wird die mit dem ArbKrankhG vom 26. 6. 1957 begonnene Angleichung der rechtlichen und wirtschaftlichen Situation des Arbeiters im Krankheitsfalle an die des Angestellten schrittweise fortgesetzt (Fortzahlung des Regellohnes), und die Leistungen der Krankenversicherung werden verbessert, insbesondere wird ein lückenloser Übergang von den Leistungen der Krankenversicherung zu denen der Rentenversicherungen gesichert (Wegfall der Aussteuerung).

Das Gesetz wurde am 31. 5. 1961 vom Bundestag verabschiedet.

Der Bundesrat stimmte ihm am 16. 6. 1961 im allgemeinen zu, machte aber wegen einiger, nicht entscheidender Punkte Vorbehalte. Mit diesen setzte sich am 23. 6. 1961 der Vermittlungsausschuß auseinander.

Die Verkündung erfolgte im Bundesgesetzblatt Nr. 50 vom 18. Juli 1961.

Was damit auf die Krankenkassen zukommt, will ich versuchen, in großen Zügen darzustellen.

Auf Feinheiten einzugehen, verbietet allein schon die Tatsache, daß sich bereits heute die Spezialisten lediglich in einem Punkte einig sind:

Die entscheidenden Formulierungen des neuen Gesetzes (über Regellohn und Aussteuerung) lassen verschiedene Rechtsauslegungen zu.

Diese zu beseitigen ist Aufgabe der Bundesarbeits- und Bundessozialgerichte. Bis es aber soweit ist, werden Jahre vergehen. Von den Krankenkassen wird aber erwartet, daß sie ab 1. 8. 1961 das neue Gesetz richtig anwenden. Sie werden also nach dem Geist des Gesetzes zu forschen haben und sich immer von ihm leiten lassen müssen, wenn der Wortlaut des Gesetzes nicht eindeutig ist. Dabei leisten die Gesetzesmaterialien (Gesetzesbegründung) eine wertvolle Hilfe.

Aus ihnen geht eindeutig hervor, daß es sich

bei dem neuen Gesetz, wie bereits eingangs festgestellt, um zwei völlig getrennt voneinander zu betrachtende Komplexe handelt und zwar, um eine schrittweise Angleichung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle an die der Angestellten einerseits und um eine Verbesserung der Leistungen der Krankenversicherung für alle Versicherten andererseits.

Angestellte haben bekanntlich im Krankheitsfalle bis zu 6 Wochen Anspruch auf Gehaltsfortzahlung. Eine gleichartige Regelung wird für Arbeiter seit langer Zeit angestrebt. Das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 26. 6. 1957 war der erste Schritt hierzu.

Seinerzeit standen mehrere Vorschläge zur Diskussion. Ein Vorschlag sah eine rein arbeitsrechtliche Lösung vor; hiernach sollte der Arbeiter, genauso wie der Angestellte, im Krankheitsfalle bis zu 6 Wochen Anspruch auf Lohnfortzahlung erhalten. Um aber für mittlere und kleinere Betriebe hieraus keine zu hohe Einzelbelastung entstehen zu lassen, sollte von diesen Betrieben (bis zu 100 Beschäftigte) ein Ausgleichsstock gebildet werden, aus dem 75 v. H. der für Lohnfortzahlung geleisteten Beiträge erstattet werden. Der Vorschlag wurde nicht verwirklicht, weil er der Wirtschaft angeblich zu hohe Mehrkosten auferlegt hätte, die Einrichtung einer neuen Verwaltungseinrichtung (Ausgleichsstock) wenig Anklang fand und durch das Ausscheiden der Krankenkassen aus dem Problemkreis gleichzeitig deren Kontrollsystem nicht mehr in Betracht gekommen wäre.

Ein anderer Vorschlag wollte das Problem nicht arbeitsrechtlich, sondern ausschließlich sozialversicherungsrechtlich lösen. Dieser Vorschlag sah eine Erhöhung des Krankengeldes auf 80 v. H. des Grundlohnes vor. Die hierdurch erforderlichen Mehrausgaben sollten durch Beitragserhöhungen der Krankenkassen gedeckt werden, die ausschließlich von den Arbeitgebern getragen werden sollten. Dagegen wurde eingewendet, daß der Arbeitgeber-Barleistungs-Beitrag dem

System der Krankenversicherung widerspreche.

Der dritte Vorschlag, ein Gemisch aus arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Elementen, wurde letztlich im ArbKrankhG vom 26. 6. 1957 verwirklicht.

Hiernach erhalten Arbeiter im Krankheitsfalle in den ersten 6 Wochen der Arbeitsunfähigkeit neben dem Krankengeld aus der Krankenversicherung einen Arbeitgeberzuschuß in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Krankengeld (je nach Anzahl der Angehörigen 65–75 v. H. des Brutto-Entgelts) und 90 v. H. des Netto-Entgelts. Das neue Gesetz knüpft an diese Regelung unmittelbar an und verbessert sie zugunsten der Arbeiter.

Hiernach dürfte feststehen, daß eine arbeitsrechtliche völlige Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfalle mit den Angestellten angestrebt wird, diese aber im Hinblick auf die für Kleinbetriebe damit verbundenen Auswirkungen zunächst nicht durchführbar erscheint und deshalb eine Verteilung der Ausgaben für die Lohnfortzahlung der Arbeiter auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt wurde. Die Krankengeldausgaben werden durch Krankenversicherungsbeiträge gedeckt, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte aufgebracht werden. Die Zuschüsse zum Krankengeld (Differenz zwischen 65–75 v. H. des Bruttolohnes und 100 v. H. des Nettolohnes) werden von den Arbeitgebern allein getragen.

Die in dem neuen Gesetz enthaltenen wichtigen Änderungen gegenüber dem ArbKrankhG von 1957 sind:

die Erhöhung der Bezüge im Krankheitsfalle von 90 v. H. auf 100 v. H. des Nettolohnes. Der Arbeiter soll während der Arbeitsunfähigkeit das erhalten, was er erhalten würde, wenn er gearbeitet hätte.

Die Berechnung der Krankenbezüge (Krankengeld und Zuschuß) auf Grund des Regellohnes.

Bisher wurde der Krankengeld- und Zuschuß-Berechnung das Entgelt zugrundegelegt, das der Beschäftigte in den letzten vier Wochen (satzungsgemäß unterschiedlich) vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit erzielte. Durch die Berücksichtigung eines Vierwochenzeitraumes sollten alle Zufälligkeiten (schwankende Löhne) mehr oder minder ausgeglichen sein. Von den Initiatoren des neuen ArbKrankhG

wird die Auffassung vertreten, daß hierdurch allein nicht alle Zufälligkeiten ausgeschaltet werden können, die letztlich zu ungerechtfertigten Ergebnissen führen. In konsequenter Fortführung der Bestrebungen, die Arbeiter im Krankheitsfalle den Angestellten gleichzustellen, sieht deshalb das neue ArbKrankhG für die Berechnung des Krankengeldes und des Zuschusses eine Methode vor, die mehr als bisher die Ergebnisse sichert, die dem regelmäßigen Inhalt des Arbeitsverhältnisses (Regellohn) entsprechen. Mit dem „Regellohn“ wurde in die arbeitsrechtliche Stellung des Arbeiters im Krankheitsfalle ein Begriff eingeführt, der in seiner praktischen Auswirkung dem des Gehaltes der Angestellten sehr nahe kommt. Arbeiter, deren Lohn sich nach Monaten bemißt – das sind nur sehr wenige – werden von der neuen Berechnungsart nur wenig berührt. Für sie ist nach wie vor das Krankengeld aus dem Grundlohn zu berechnen und nach Kalendertagen zu zahlen. Für Arbeiter, deren Lohn sich nicht nach Monaten bemißt (Stunden-, Tage-, Schicht-Lohn, usw.) ist in dem neuen ArbKrankhG die Formel für die Berechnung des Krankengeldes und des Zuschusses genau vorgeschrieben. Hiernach ist, nachdem der Arbeitgeber-Zuschuß in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Krankengeld und dem Nettoarbeitsentgelt zu zahlen ist, für beide Berechnungen von derselben Ausgangsbasis auszugehen. Das heißt, für die Festsetzung der Höhe des Krankengeldes und des Zuschusses, sowie für die Feststellung der regelmäßigen Arbeitsstunden und die Festsetzung der Tage, für die Krankengeld und Krankengeld-Zuschuß zu zahlen ist, sind dieselben Lohnberechnungs-Unterlagen zu verwenden. Ein Unterschied besteht lediglich darin, daß für die Berechnung des Krankengeldes das Brutto-Arbeitsentgelt (bis zur krankenversicherungspflichtigen Höchstgrenze; monatlich 660 DM) und für die Berechnung des Krankengeld-Zuschusses das Netto-Arbeitsentgelt maßgebend ist. Wie die Berechnung künftig im einzelnen vor sich geht, zeigt die nachfolgende Darstellung:

Krankengeldberechnung

Das Brutto-Arbeitsentgelt des letzten abgerechneten Lohnabrechnungszeitraumes (mindestens 4 Wochen) einschließlich des Entgelts für Überstunden und Überstundenzu-

schläge, jedoch ohne einmalige Zuwendungen, wird durch die Anzahl der Stunden geteilt, für die das Entgelt gezahlt wurde, zuzüglich der Stunden, an denen der Arbeiter unentschuldigt der Arbeit ferngeblieben ist:
Formel: Brutto-Entgelt (Stunden) = Stundenlohn.

Der Stundenlohn wird mit der Zahl der regelmäßig auf einen Werktag (außer bei 5-Tage-Woche) bzw. Arbeitstag (bei 5-Tage-Woche) entfallenden Arbeitsstunden vervielfacht:

Formel: Stundenlohn x regelm. wöchentl. Arbeitsstunden (6 Tage bzw. 5 Tage) = Regellohn.

Der Höchstbetrag des Regellohnes für den Werktag ist 25,67 DM und für den Arbeitstag 30,80 DM; diese Grenzen entsprechen den für die Beitragsberechnung heranzuziehenden Höchstlöhnen.

Das Krankengeld errechnet sich in v.-H.-Sätzen des Regellohnes und wird, je nachdem, nach welchem Modus der Regellohn zu errechnen war, für Werktage bzw. Arbeitstage und bezahlte Feiertage gezahlt:

Formel: Regellohn x Krankengeld v.-H.-Satz = Krankengeld. 100

Krankengeld-Zuschuß-Berechnung

Zunächst wird, analog der Krankengeldberechnung, der Stundenlohn ermittelt; hierbei ist jedoch, im Gegensatz zur Krankengeld-Berechnung, nicht vom Brutto- sondern vom Netto-Entgelt (Brutto-Entgelt abzüglich gesetzliche Lohnabzüge) auszugehen:

Formel: $\frac{\text{Netto-Entgelt}}{\text{Stunden}} = \text{Stundenlohn}$

Anschließend wird analog der Regellohn-Berechnung das auf den Werktag bzw. Arbeitstag entfallende Entgelt festgestellt:

Formel:
Stundenlohn x regelm. wöchentl. Arbeitsstunden
6 Tage (bzw. 5 Tage)

= Netto-Lohn je Tag
Der Arbeitgeber-Zuschuß ergibt sich, indem von dem festgestellten täglichen Netto-Lohn das ermittelte Krankengeld abgezogen wird. Diese kurzgefaßte Aufzählung läßt schon erkennen, daß die Durchführung des neuen ArbKrankhG nicht einfach ist und sowohl den Lohnbüros als auch den Krankenkassen viele zusätzliche Arbeiten bringen wird. Das ist auch den Initiatoren des neuen Gesetzes bekannt. Der Bundestagsabgeordnete Horn

sagte in seiner Gesetzesbegründung hierzu: „Diese Regelung ist — das gebe ich unumwunden zu — um einiges komplizierter als die bisher geltende Grundlohnregelung. Wie aber auf jedem Gebiet, ist es auch in diesem Falle so:

Für ein Mehr an Gerechtigkeit und an individueller Behandlung muß auch ein gewisses Mehr an Verwaltungsarbeit in Kauf genommen werden. Wenn wir diese Umstellung nun einmal so für richtig halten, kommen wir, wenn auch das von den Männern der Praxis zum Teil bedauert werden mag, an diesen Verwaltungsmaßnahmen und -arbeiten, die damit nun einmal verbunden sind, beim besten Willen nicht vorbei.“

Dagegen ist Grundsätzliches nicht zu sagen, obgleich interessieren würde, ob geprüft wurde, inwieweit das angestrebte Mehr an Gerechtigkeit und individueller Behandlung tatsächlich nicht durch eine einfachere Methode hätte erreicht werden können. Wogegen aber sicher Bedenken zu erheben sind, ist die Formulierung des Gesetzes.

Wie bereits eingangs festgestellt wurde, steht heute schon fest, daß für den Begriff „der sich aus dem Inhalt des Arbeitsverhältnisses ergebenden regelmäßigen Arbeitsstunden“ eine einheitliche Auslegung fehlt. Auch das war schon bekannt, als der Gesetzesentwurf noch dem Gesetzgebungsverfahren unterlag. Um so unverständlicher ist es, daß das Gesetz nicht mit einer gesetzlichen Begriffsbestimmung versehen wurde, durch die zumindest der Großteil der nunmehr zu erwartenden arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren hätte vermieden werden können. So muß aber damit gerechnet werden, daß in vier Jahren, wenn der nächste Schritt in der rechtlichen Angleichung der Arbeiter an die Angestellten getan wird, immer noch Unklarheiten aus dem ArbKrankhG des Jahres 1961 bestehen, wie das zur Zeit auf Grund des ArbKrankhG aus dem Jahre 1957 der Fall ist.

Die Art, wie die Frage der Karenztage gelöst wurde, läßt trotz der grundsätzlichen Bestrebungen, die Rechte der Arbeiter an die der Angestellten anzugleichen, die alten Reservationen erkennen. Künftig ist das Krankengeld von dem Tage an zu zahlen, der dem Tag folgt, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird, außer es handelt sich um einen Arbeitsunfall, eine Berufskrankheit

oder eine Krankenhauseinweisung. Da ein Arbeitgeber-Zuschuß nur für jene Tage zu zahlen ist, für die ein Anspruch auf Krankengeld besteht, ist die Feststellung der Krankenkasse nicht nur für die Zahlung des Krankengeldes sondern auch für den Anspruch auf Arbeitgeber-Zuschuß wichtig. Optisch sind in dem neuen ArbKrankhG die arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften klar getrennt. Praktisch sind aber beide Abschnitte so miteinander verzahnt und stehen so stark in Abhängigkeit voneinander, daß es schwer fällt, eine Grenzziehung vorzunehmen. Deshalb ist es sehr fraglich, inwieweit für die Auslegung des neuen ArbKrankhG noch die bisherige sozialgerichtliche Rechtsprechung herangezogen werden kann, wenn es zwar um die Anwendung einer Vorschrift der RVO geht, primär dadurch aber über eine Frage des Lohnfortzahlungsprinzips entschieden wird.

Verbesserung der Leistungen der Krankenversicherung

Das „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle“ beschäftigt sich nicht nur mit der Lohnfortzahlung der Arbeiter, sondern bringt auch spürbare Verbesserungen der Leistungen der Krankenversicherung.

Die wichtigste davon bringt der neue § 183 Abs. 2 RVO:

„Krankengeld wird ohne zeitliche Begrenzung gewährt für den Fall der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit, jedoch für achtundsiebzig Wochen innerhalb von drei Jahren, gerechnet vom Tage des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an. Tritt während der Arbeitsunfähigkeit eine weitere Krankheit hinzu, so wird die Leistungsdauer nicht verlängert.“

Im Bulletin der Bundesregierung vom 10. 6. 1961 wurde diese Vorschrift so interpretiert: Ein entscheidender Nachteil unseres bisherigen Rechts der Krankenversicherung bestand darin, daß zwar für die kurzdauernde Krankheit ein umfassender Schutz gewährleistet war, daß dieser Schutz bei längerer Krankheit aber versagte.

War wegen einer Krankheit, die auf derselben Ursache beruhte, für 26 Wochen Krankengeld oder Krankenhauspflege gewährt, so war der Versicherte ausgesteuert, das heißt, er konnte für diese Krankheit die genannten

Leistungen nicht mehr beanspruchen. Gerade bei sehr langdauernden oder chronischen Krankheiten bedeutete das für den Betroffenen eine schwere Härte. Hier tritt eine entscheidende Änderung ein.

Der Anspruch auf Krankengeld und damit auf Krankenhauspflege wird 78 Wochen innerhalb von drei Jahren, gerechnet vom Beginn der Krankheit an, ausgedehnt.

Damit kann wohl eine Unterbrechung des Leistungsbezuges, nie aber eine völlige Beendigung des Anspruches eintreten.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Erhöhung des Krankengeldes nach Ablauf der 6. Woche der Arbeitsunfähigkeit von 50 v. H. des Grundlohnes auf 65 bis 75 v. H. des Grundlohnes (je nach der Anzahl der Angehörigen). Bisher konnte eine derartige Erhöhung nur satzungsgemäß — als Mehrleistung — vorgesehen werden. Außerdem tritt durch die Einbeziehung der bisherigen Familienzuschläge in das Krankengeld eine nicht unerhebliche Erhöhung des Hausgeldes ein.

Besonders erfreulich ist es, daß das neue ArbKrankhG einen lückenlosen Übergang von den Leistungen der Krankenversicherung zu den Leistungen der Rentenversicherung vorsieht. Es kann also nicht mehr vorkommen, daß ein Versicherter nach seiner Aussteuerung aus der Krankenversicherung monatelang mittellos auf die erste Rentenzahlung wartet. Versicherungspflichtig beschäftigte Erwerbsunfähigkeits- und Alters-Rentner haben künftig bei Arbeitsunfähigkeit einen Anspruch auf Krankengeld für höchstens 6 Wochen, gerechnet vom Tage des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß das neue ArbKrankhG auch eine gewisse Arbeitserleichterung bringt. Bisher wurde das Krankengeld (zum Unterschied vom Hausgeld) nur für solche Familienangehörige erhöht, die der Versicherte ganz oder überwiegend unterhalten hat und die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebten. Künftig fällt die Voraussetzung der häuslichen Gemeinschaft, wie bisher schon beim Hausgeld, auch beim Krankengeld weg.

Als das neue ArbKrankhG am 23. 2. 1961 vom Bundestag erstmals behandelt wurde, meinte der Bundestagsabgeordnete Dr. Stammler, es falle unter die Überschrift „Vom Stilwandel der Sozialpolitik zum Wandelstil“, und

hatte damit die Lacher auf seiner Seite. Offenbar werden tatsächlich in einer nach Ecklöhnen ausgerichteten Welt Gesetze nicht für sonderlich attraktiv gehalten, die das Leitbild vom sozialen Status des Arbeiters im Krankheitsfalle gleichsam in Wahletappen zu erreichen suchen. Jedenfalls fand die Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag am 31. 5. 1961 in der Presse kein außergewöhnliches Echo. Vielleicht wäre es stärker gewesen, wenn nicht gerade zu dieser Zeit Überlegungen durch die Presse gegangen wären, ob es nicht ratsam erscheint, die auf Grund des neuen ArbKrankhG erforderlichen Beitragserhöhungen der Krankenkassen durch eine entsprechende Beitragssenkung der Arbeitslosenversicherung aufzufangen. Die Bundesregierung hat sich zwischenzeitlich für eine kurzfristige Aussetzung der Erhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entschieden. Der Hinweis auf die möglichen Beitragserhöhungen der Krankenversicherung machte aber anscheinend offenkundig, daß das neue ArbKrankhG wohl einen weiteren Schritt der Angleichung der rechtlichen Stellung des Arbeiters im Krankheitsfalle zu der des Angestellten macht, aber gleichzeitig einen Schritt zur Entfremdung der Krankenversicherung bedeutet; denn der Anteil an den Beiträgen der Krankenversicherung, der zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, die dem Lohnersatzprinzip zuzuordnen sind, wird immer gewichtiger.

Ich halte mich für verpflichtet, immer wieder darauf hinzuweisen, daß eine mögliche Beitragserhöhung nur infolge der Auswirkung dieses jetzt beschlossenen Gesetzes notwendig ist. Die Bundestagsmehrheit hat bei der Beratung dieses Gesetzes keiner Möglichkeit eines Kostenausgleichs in der Krankenversicherung zugestimmt, obschon entsprechende Anträge vorlagen und auch sozialpolitisch ohne weiteres durchführbar wären. Hierbei verweise ich beispielsweise auf die Möglichkeiten der Übertragung der Kosten für fremde Aufgaben wie Mutterchaftshilfe, Unfallversicherung usw. auf die dafür verantwortlichen Träger. Allein dieser Umstand hat die Selbstverwaltungsorgane in der Krankenversicherung vor die Entscheidung einer Beitragsänderung gestellt.

Dieses Referat hat der 1. Bevollmächtigte der IG Metall der Ortsverwaltung Remscheid im DGB, Karl Labonte, auf der letzten Belegschaftsversammlung gehalten und uns freundlicherweise zur Veröffentlichung für unsere Werksangehörigen zur Verfügung gestellt.

Das neue Buch

„Staatslexikon“, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft herausgegeben von der Görres-Gesellschaft, Band VI, Oligopol bis Schweiz, 1252 Spalten, Leinen 76 DM. Halbleder 85 DM, Verlag Herder, Freiburg.

STAATS LEXIKON RECHT WIRTSCHAFT GESELLSCHAFT

Das gesellschaftswissenschaftliche Standardwerk, das Herder-Staatslexikon, liegt nun mit seinem sechsten Band vor. Ungeduldig erwartet, wird auch dieser seine Freunde nicht enttäuschen; denn er befriedigt in der Art, wie die einzelnen Themen geboten werden, auch verwöhnteste Ansprüche, die Wert auf grundlegende Ausführungen und erschöpfende Literaturangaben legen. Wissenschaftler und Forscher haben auch hier wiederum ihren Stolz dareingesetzt, alle Erkenntnisse von gesellschaftswissenschaftlicher Bedeutung klar und eindeutig niederzulegen und dem Benutzer dieses Lexikons guttundiertes Material an die Hand zu geben. Der Band 6 behandelt die Stichwörter Oligopol bis Schweiz mit den zentralen Stichwortgruppen Recht und Politik. Spezielle Artikel sind dem Paß- und Patentrecht, dem Persönlichkeits- und Privatrecht und dem Römischen Recht gewidmet. Die Beiträge über Opposition, Parlament, Potsdamer Abkommen, Rapallovertrag, Reichskonkordat, informieren über verschiedene Gebiete der Politik, aus Staat und Gesellschaft finden wir Artikel über Polizei, Presse, Proletariat, Publizistik, den Länderartikeln sind Ausführungen über Pakistan, Polen, Portugal, Schlesien, Schweden, Schweiz enthalten, der Wirtschaftler findet interessante Einzelheiten über Preis, Privatisierung, Produktivität, und schließlich bringt dieser Band ausgezeichnete Artikel biographischer Natur unter anderem über Pilsudski, Raiffeisen, Rathenau, Roosevelt und andere. Nur stichwortartig kann hier aus der Fülle des Inhalts angegeben werden, was auch dieser Band bietet. Alles in allem: eine Freude und ein reiches Vergnügen für den Lexikonfreund. hg

H. E. Friedrich: „Das große Buch der Feste“, 400 Seiten, 24,80 DM, Verlag Mensch und Arbeit, München.



Feiern ist eine besonders eingetragene Sitte der Deutschen, und da man nach ihrer Lösung die Feste feiern soll, wie sie fallen, ist nicht immer ganz leicht, bei allen Gelegenheiten den kleinen oder größeren Veranstaltungen den richtigen Rahmen zu geben; denn vielerlei ist zu beachten und zu besorgen, um das Fest zu einer schönen Abwechslung werden zu lassen. Hier hilft „Das große Buch der Feste“. Es gibt Tips und Anregungen für alle Gelegenheiten, die im Laufe eines Menschenlebens gefeiert werden können. Dabei hat der Verfasser sich dankenswerter Weise von einer trockenen Aufzählung ferngehalten, vielmehr im Plauderton alles beschrieben und erklärt, was man wissen muß, um ein schönes Fest zu veranstalten. Angefangen von der Verlobungs- und Hochzeitsfeier, Tauf- und Geburtstagsfeier, Konfirmation und Kommunion, über Skat- und Bierabende, Gartenfeste und Hausbälle bis zu Speisen, Getränken und Kleidung ist nichts vergessen. Das ist vor allem für die Hausfrau ein wertvolles Buch, das sie sich gelegentlich schenken lassen sollte, um nichts mehr falsch zu machen und wegen ihrer Tüchtigkeit und Fähigkeit, gut gelungene Feste veranstalten zu können, bewundern zu lassen. hg

Einmal am Rhein

Es lag schon länger in der Luft, und nur ein kleiner Anstoß genügte, daß bereits innerhalb weniger Tage eine neue Herbstfahrt des Instandhaltungsbetriebes startete.

Noch zwei Tage vor der Fahrt schüttete es in Strömen, und es schien angebracht, einen „Magenwärmer“ bereitzuhalten. Dann aber klärte es sich auf. Was Wunder, daß bei unserer Abfahrt schon allseits fröhliche Stimmung herrschte, hatte doch den ganzen Morgen bei strahlendem Himmel eine milde Herbstsonne gelacht.

In einem modernen Reiseomnibus ging es hinein in das noch grüne Bergische Land, wo nur vereinzelt Bäume ihr buntes Herbstkleid angelegt hatten. Über Wermelskirchen und Kürten fuhren wir weiter ins Oberbergische. Die kurz nach Engelskirchen bei der Drabenderhöhe eingelegte Kaffeepause wurde sehr begrüßt. Von der Höhe kommend, schraubte sich unser Omnibus dann enge Serpentinafen herab ins Tal der Sieg. Hier aber war der Herbst doch schon mehr eingerückt, und zwischen den bunten Farbtupfen glitzerte uns grüßend die Sieg im Abendsonnenschein entgegen. Nach einer weiteren kurzen Fahrt waren wir am Ziel: Unkel am Rhein.

Der Mond stand schon über den windschiefen niederen Dächern und zauberte eine romantische Kulisse, als wir durch enge, verwinkelte Winzergäßchen schlenderten. Am Rheinufer machte uns die Abendkühle frösteln, weshalb so manch einer in der „Traube“ schon „probierte“. Auf dem Rhein selbst herrschte noch reges Treiben. Schwere Kähne zogen gemächlich bergauf und boten mit den rascher talwärts fahrenden ein buntes Bild. Am jenseitigen Ufer aber standen als Silhouette gegen den Abendhimmel die Apostel von Oberwinter, zu deren Füßen sich eine lange Lichterschlange dahinzog.

Der kurze Spaziergang an der frischen Luft brachte den rechten Appetit. So fanden wir uns bald an langen, weißgedeckten Tischen



zum gemeinsamen Abendessen in der „Löwenburg“ ein, wo bereits verlockende gedecke zum Zugreifen einluden. Nach dieser Stärkung aber hob bald ein munteres Treiben an. Waren es am Anfang auch wohl noch zaghafte Schritte, so beherrschte ein fröhlicher Wirbel doch schnell das Parkett, während an den Tischen ausgelassen geschunkelt wurde. Die Gläser klangen, unsere ewigjungen Lieder vom Rhein erschallten vielstimmig im Raume, und auf den Tischen mehrten sich die schlanken braunen und grünen Flaschen. Zwischendurch bewiesen unsere Herren, daß sie durchaus mit Nadel und Zwirn umzugehen verstehen, wogegen die Damen mit Hämmern den Nägeln (aber keineswegs den eigenen Daumen) zu Leibe gingen, daß es sich wie das Klopfen des Spechtes im Walde anhörte. Zwei junge Damen zeigten uns, wie man einen Mann einwickelt. So ging der Reigen bis in die Polizeistunde hinein.

Dann saßen wir alle wieder im Omnibus. Dem Fahrer ist es zu verdanken, daß die Rückreise wie im Fluge verging, begann er doch zunächst, die Weisen vom Rhein anzustimmen. Die Ablösungen ließen dann natürlich nicht auf sich warten, wobei die große Mehrzahl in die weit bekannten Melodien mit einfiel. Beifall erntete zum Schluß dieser Fahrt noch unser Werbefunk-Ansager.

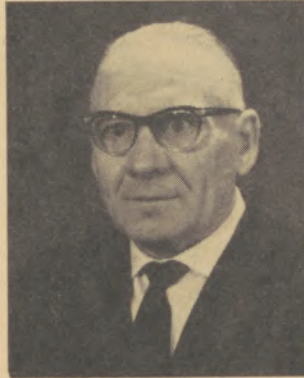
Die von den verschiedensten Seiten immer wieder aufgeworfene Frage, warum wir denn nicht des öfteren etwas derartiges veranstalten, dürfte den Organisatoren dieser Fahrt doch wohl die größte Anerkennung sein, denen darüber hinaus auch an dieser Stelle nochmals für ihre Bemühungen im Interesse der Sache gedankt sein.

Helmut Reimers



Unsere Jubilare

40 Jahre



Gustav Kasische
Schmelzerei Stachelhausen
am 14. November 1961

40 Jahre

Otto Müller
Modellschlosserei Stachelhausen
am 13. Oktober 1961

40 Jahre

Rudolf Vanselow
Versand-Papenberg
am 17. Oktober 1961

50 Jahre

Bruno Schattschneider
Chemisches Labor
am 2. Oktober 1961

25 Jahre

Erna Junker
Endkontrolle Papenberg
am 19. Oktober 1961

Berthold Hellmann
Baubetrieb
am 26. Oktober 1961

25 Jahre

Henry Nickol
Formerei Stachelhausen
am 17. November 1961

Kurt Luchtenberg
Techn. Büro Stachelhausen
am 29. November 1961

25 Jahre



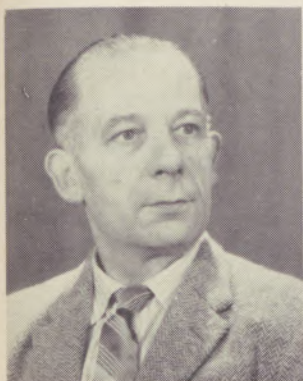
Adolf Störte
Putzerei Stachelhausen
am 27. Oktober 1961



Kurt Schmachtenberg
Schleiferei Papenberg
am 27. Oktober 1961



Karl Kampmann
Druckerei
am 30. Oktober 1961



Walter Jannings
Putzerei Stachelhausen
am 2. November 1961



Josef Hoffstadt
Arbeitsvorbereitung Stachelhausen
am 2. November 1961



Hans Söhnchen
Stahlguß-Verkauf
am 2. November 1961

Familiennachrichten

Es haben geheiratet

Friedhelm Hinzmann, Stachelhausen Strahlputz-Anlage –
Rosemarie Venn, am 31. 8. 1961
Walter Tillmanns, Werksaufsicht – Martha Dahlhaus, am
1. 9. 1961

Ins Leben traten ein

Heike, Tochter von Karl-Horst Allendorf, Stachelhausen
Kernmacherei, am 27. 8. 1961
Marina, Tochter von Franz Boris, Stachelhausen Schwei-
ßerei, am 22. 9. 1961
Uwe, Sohn von Walter Stricker, Stachelhausen Kar-
Dreherei, am 25. 9. 1961
Hans-Jörg, Sohn von Gerd Hörster, Maschinenbetrieb,
am 29. 9. 1961
Wolfgang, Sohn von Karlheinz Bierkandt, Stachelhausen
Chromgußputzerei, am 3. 10. 1961
Angelika, Tochter von Herbert Kaiser, Papenberg Schlei-
ferei, am 5. 10. 1961
Claudia, Tochter von Georg Böhm, Stachelhausen Putz-
erei – Elfriede Böhm, Stachelhausen Stahlguß-
Putzerei, am 23. 10. 1961
Jörg, Sohn von Waltraud Mahling, Stachelhausen Kern-
macherei, am 23. 10. 1961
Carola, Tochter von Karl Washausen, Stachelhausen
Schlosserei – Berta Washausen, Werksaufsicht, am
29. 10. 1961

In den Ruhestand traten

Alfred Holland, Werk Julius Lindenberg, nach 44jähriger
Werkszugehörigkeit, am 1. November 1961
Wilhelm Müller, Werk Julius Lindenberg, nach 10jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 1. September 1961
Eugen Huss, Werk Julius Lindenberg, nach 13jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 1. September 1961
Otto Müller, Modellschlosserei Stachelhausen, nach 40-
jähriger BSI-Zugehörigkeit, am 25. Oktober 1961
Paul Belau, Schweißerei Stachelhausen, nach 27jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 28. Juli 1961
Eduard Tegeler, Richterei Papenberg, nach 27jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 1. August 1961
Johann Schmitz, Temperei Papenberg, nach 10jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 10. August 1961
Willi Löcher, Bahnbetrieb, nach 47jähriger BSI-Zuge-
hörigkeit, am 31. August 1961
Eugen Puff, Modellschlosserei Papenberg, nach 33jäh-
riger BSI-Zugehörigkeit, am 24. August 1961
Johannes Witzke, Kar.-Dreherei Stachelhausen, nach
13jähriger BSI-Zugehörigkeit, am 29. September 1961
Hans Wiemer, Putzerei Stachelhausen, nach 33jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 1. September 1961
Richard Engels, Versand Papenberg, nach 21jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 1. September 1961
Willi Müller, Groß-Bearbeitung Stachelhausen, nach 41-
jähriger BSI-Zugehörigkeit, am 27. September 1961
Fritz Strünkelnberg, Endkontrolle Papenberg, nach 36jäh-
riger BSI-Zugehörigkeit, am 4. Oktober 1961
Helene Scharwächter, Stahlguß-Verkauf, nach 11jähriger
BSI-Zugehörigkeit, am 17. Oktober 1961
Fritz Grabe, Mittlere Bearbeitung Stachelhausen, nach
34jähriger BSI-Zugehörigkeit, am 19. Oktober 1961



WIR NAHMEN ABSCHIED VON

ADELE JÜNGER	Ehefrau von Fritz Jünger, Pensionär, 68 Jahre alt, am 31. 8. 1961
FRAU PAUL KEMPER	Pensionärin, 61 Jahre alt, am 3. 9. 1961
HERMANN VON DER HÖH	Stachelhausen Härterei, 62 Jahre alt, am 7. 10. 1961
ELISABETH PILLER	Rentnerin, 82 Jahre alt, am 11. 10. 1961
ERICH KOCH	Pensionär, 59 Jahre alt, am 5. 10. 1961
FRI TZ MISCH EL	Pensionär, 77 Jahre alt, am 28. 10. 1961
ERICH DAHM	Papenberg Formerei, 53 Jahre alt, am 31. 10. 1961

35 t

HYDRANT
↓

